

Vorwärts

Er scheint täglich außer Montags.
Preis vierteljährlich 1,50 Mark, monatlich 50 Pf., wöchentlich 15 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
5 Pf. Sonntags-Nummer mit
Mittl. Sonntags-Beilage, Neue
Welt, 10 Pf. Post-Konnoement:
1,50 Pf. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Oesterreich-
Ungarn 1 Mark, für das übrige
Kontinent 1 Mark 20 Pf. Monat. Einzelne
in der Post-Zeitungs-Verwaltung
für 1892 unter Nr. 6652.

Insertions-Gebühr beträgt für die
täglichste Zeile oder deren
Raum 40 Pf., für Vereins- und
Veranstaltungs-Anzeigen 20 Pf.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis 4 Uhr Nachmittags in
der Expedition abgegeben werden.
Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn-
und Festtagen bis 9 Uhr Vor-
mittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur
Joh. L. 4190.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 14. Oktober 1892.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Aus England.

London, im Oktober 1892.

Einen interessanten Kampf führt gegenwärtig der Londoner Gewerkschaftsrath mit den Bau-Unternehmern der Metropole. Wie seinerzeit im „Vorwärts“ mitgetheilt wurde, hat der Gewerkschaftsrath den Grundsatz adoptirt, bei allen in Verding auszugebenden Arbeiten die Beobachtung der von den organisirten Arbeitern der betreffenden Industrie erkannnen Lohn- und Arbeitsbedingungen vorzuschreiben. Dieser Beschluß — eine Probebasis Fegefeuer, aber mit anderen Worten „Diktatur des Proletariats“ — hat bei den großen Unternehmern der Bau-Industrie arg empört, und sie beschloßen daher, dem auf kollektivistischen Irrwegen mandelnden Rath eine nationalökonomische Kommission zu erteilen. Als der Rath vor einiger Zeit gewisse Kanalisationsbauten ausschrieb, ließen im ganzen nur zwei Anerbietungen ein, und zwar mit je über 60 pCt. höherer Preisforderung, als der Vorschlag des Raths gestattet. Es lag klar auf der Hand und wurde überdies durch eine Reihe anderer Thatfachen bestätigt, daß hier ein Komplott der Unternehmer vorlag, daß dem Gewerkschaftsrath ein „Ring“ gegenüberstand, dessen Zweck es war, die Durchführung der Gewerkschaftsklausel zu verhindern. Der Rath sollte gezwungen werden, einzugehen, daß sich mit dieser Klausel nicht wirtschaften lasse, daß unter ihr keine Angebote einlaufen und die Arbeiten zu sehr verteuert würden, um an ihr festhalten zu können. Der Plan war sehr hübsch ausgedacht, aber es kam anders. Statt der erwarteten Konkurrenz zu kriechen, beschloß der Rath auf Antrag seines zuständigen Komitees, bei den betreffenden Kanalisationsarbeiten die Dienste der Herren Zwischenunternehmer gar nicht in Anspruch zu nehmen, sondern sie selbst ausführen zu lassen, ferner, wie der Vorsitzende jenes Komitees hinzusetzte, gegenüber der Haltung der Zwischenunternehmer in der Zukunft dieselbe Politik zu beobachten.

Dieses war der erste Streich und der zweite soll jetzt folgen. Der Gewerkschaftsrath hat in Verbindung mit den Arbeitern am Blackwall-Tunnel eine größere Anzahl Arbeiterwohnungen zu errichten. Der Bau derselben wurde auf Verding ausgeschrieben, aber noch meinten die Unternehmer den Rath klein kriegen zu können, und so ließen wiederum so theuere Angebote ein, daß auch hier das Komitee sich veranlaßt sieht, den Selbstbetrieb der Bauten zu empfehlen. „In weiterer Erwägung“, heißt es in seinem Bericht, „und wir der Ansicht, daß es ökonomischer sein würde, wenn der Rath selbst die Bauten übernimmt; dadurch würde er die Extrakosten sparen, welche den Profit der Unternehmer bilden, sowie die Kosten für die Ueberwachung der Arbeiten. Außerdem könnte der Rath sicher sein, das beste Material und die beste Arbeit zu demselben Preis zu bekommen, der im anderen Falle den Zwischenunternehmern abverlangt würde.“ Es untersteht gar keinem Zweifel, daß der Antrag durchgehen wird, und so haben wir „Daily Chronicle“, das Mundstück der progressivsten

Mehrheit des Raths, schreibt, die Zwischenunternehmer statt der Gewerkschaftsklausel vorläufig nur sich selbst abgeschrieben. Gelingt es dem Gewerkschaftsrath, woran bei zweckmäßigem Verfahren gar kein Zweifel ist, daß er nicht nur ebenso billige, sondern auch zugleich bessere und besser bezahlte Arbeit zustande bringt, wie die Zwischenunternehmer, so wird aus dem Vorläufig, soweit die städtischen Arbeiten in Betracht kommen, sehr bald ein Definitivum werden. Jedenfalls ist der Versuch aller Anerkennung werth und darf allgemeines Interesse beanspruchen.

Der zuletzt erwähnte Antrag sollte schon vorgestern im Gewerkschaftsrath zur Verhandlung kommen, aber neben anderen Dingen nahm die Debatte über den Antrag, einen weiteren Theil des Netzes der North Metropolitan Tramway Company zu übernehmen, die Sitzung vollständig in Anspruch. Auf Grund der Konzeptionsbestimmungen jener Gesellschaft ist die Verwaltung von London berechtigt, nach Ablauf einer gewissen Zeit die Schienenanlagen zc. zum reinen Materialwerth zu übernehmen. Im vorigen Jahre waren auf diese Weise 4 1/2 (englische) Meilen des Netzes der Gesellschaft fällig geworden, und noch etlichen kampfhaften Versuchen der „gemäßigten“ Minderheit des Raths, durch Verlassen der Sitzung im Moment der Abstimmung das Zustandekommen eines gültigen Beschlusses zu verhindern, war dem auch der Rücklauf dieser 4 1/2 Meilen beschloßen worden. Jetzt sind 19 weitere englische Meilen fällig, die in Verbindung mit den ersten 4 1/2 Meilen zwar noch nicht ganz die Hälfte des Gesamtnetzes der Gesellschaft, aber den extragreichsten Theil desselben bilden, ohne den die anderen, erst 1898 und später fälligen Theile fast gar nicht in Betracht kommen. Da das Kapital der Gesellschaft sich zu 8 1/2 pCt. verzinst, bedeutet die Uebernahme der fälligen 19 Meilen durch den Gewerkschaftsrath einen so großen Gewinn für die Londoner Verwaltung, daß selbst die Reaktionsäre ihre Opposition in der Hauptsache nicht aufrecht zu erhalten wagten, sondern nur nach Möglichkeit Aufschub zu erlangen suchten. Einer dieser englischen Eugen Richter, Namens Antrobus, beantragte, man solle wenigstens erklären, daß der Gewerkschaftsrath mit dem Rücklauf der Bahnanlagen keineswegs die Absicht verbinde, die Bahnen selbst zu betreiben, der Antrag fiel aber, da die Absicht in hohem Grade besteht, elend ins Wasser. Mit 92 gegen 24 Stimmen wurde beschloßen, der Gesellschaft anzukündigen, daß der Gewerkschaftsrath von seinem Recht Gebrauch zu machen beabsichtige. Von weiteren Schritten wurde abgesehen, bis ein in bezug auf die ersten 4 1/2 Meilen erwachener Rechtsstreit entschieden sei. Während der Taxator des Gewerkschaftsraths nämlich den Werth derselben auf etwa 80 000 Pfund Sterling geschätzt hat, wollte die Gesellschaft nicht weniger als 604 000 dafür haben, d. h. den heutigen Extragwerth. Wie faul ihre Sache ist, geht aber daraus hervor, daß ihr Anwalt vor Gericht freiwillig die Forderung auf die Hälfte ermäßigte. Es wird ihr auch das nichts helfen, aber bis der Streitfall erledigt ist, kann der Gewerkschaftsrath nicht in seine Rechte treten.

Da der Londoner Gewerkschaftsrath von den Organen der erleuchteten Bourgeoisie gern als eine Versammlung von obstruktionirten Kirchspielvertretern hingestellt wird, macht der „Daily Chronicle“ darauf aufmerksam, daß zu denen, die am Dienstag mit der Mehrheit stimmten, der gegenwärtige Staatssekretär des Auswärtigen, der gegenwärtige Lord-Kammerer, der Unter-Staatssekretär für Indien und eine ganze Anzahl von Parlamentsmitgliedern gehören.

Zwei Gewerkschafts-Kongresse, die ein größeres Interesse beanspruchen dürfen, tagten diese Woche: in London der Jahreskongreß der Vereinigten Gesellschaft der Eisenbahnbeamten und in Liverpool der Jahreskongreß der Matrosen- und Heizer-Union. Die erstgenannte Verbindung ist eine der alten, die letztere eine der neueren Gewerkschaften. Neben der Gesellschaft der Eisenbahnbeamten („Railway Servants“) ist seit 1889 auch eine Gewerkschaft der Eisenbahnarbeiter („Railway Workers“) ins Leben getreten, und wie schon der Name anzeigt, vertritt die letztere mehr das eigentliche Proletariat der Eisenbahnangestellten. Unter dem Druck der von ihr der älteren Verbindung gemachten Konkurrenz ist zwar in diese theilweise ein etwas frischerer Geist eingezogen, aber noch sind die Gegensätze nicht soweit ausgeglichen, daß eine Verschmelzung beider Organisationen hat zustande kommen können. Die Arbeitsbedingungen und insbesondere die Arbeitszeit der Eisenbahnangestellten ist lechzig Gegenstand einer parlamentarischen Untersuchung gewesen, und der liberale Abgeordnete Channing, der diese Untersuchung beantragt hatte, aber in der parlamentarischen Kommission in der Minderheit war, hat auf Grund der Ergebnisse dieser Untersuchung einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der das Handelsamt („Board of Trade“) verpflichtet, überall da, wo sich aus dem ihm zugehenden Verträgen der Eisenbahn-Gesellschaften selbst oder der amtlichen Inspektoren herausstellt, daß Eisenbahn-Angestellte übermäßig lange Arbeitszeit, nicht genügende Arbeitspausen oder Gehalt für die ihnen zustehende Sonntagsruhe haben, die Gesellschaften zur Ausarbeitung und Zurechtstellung solcher Arbeitsvorschriften anzuhalten, welche die Arbeitsstunden der Angestellten auf ein vernünftiges Maß reduzieren. Der Kongreß erklärte sich mit diesem Gesetzentwurf einverstanden und beauftragte Herrn Channing für die Abfassung desselben, wie überhaupt für seine Verdienste um die Sache der Eisenbahn-Angestellten seinen speziellen Dank aus. Ein Antrag der Section Derby des Vereins, sich für den Akt und entag zu erklären und sich der Bewegung für denselben anzuschließen, wurde dagegen nach lebhafter Debatte mit 39 gegen 12 Stimmen abgelehnt — weniger aus prinzipiellen, als aus opportunistischen Gründen. Sie arbeiteten jetzt noch 12 Stunden und darüber, meinten verschiedene Delegirte unter dem Beifall der Mehrheit, und von da plötzlich auf acht Stunden herabzugehen, sei einfach unmöglich, deshalb solle man vorläufig an der Forderung der zehn Stunden festhalten. Wenn man bedenke, daß es sich vorwiegend um eine Art Arbeiter-Aristokratie handelt, und daß die englischen Arbeiter nun einmal traditionell nur für solche Forderungen

Feuilleton.

(Schwarz verboten.)

(68)

Die Waffen nieder!

Eine Lebensgeschichte von Bertha von Suttner.

Jedenfalls hatte sie als Schutzwacht gedient — am Fuße derselben, aufgeschichtet, lagen zahlreiche Leichen... Der Bewußtseinsgeruch, der von diesen todtten Körpern aufstieg, war es, der mich aus dem Schlaf gerissen hatte. Als wir vorbeifuhren, hob sich ein dichter Schwarm von Raben und Krähen kreischend von dem Leichenhaufen empor, wartete eine Zeit lang — wie schwarzes Gewölk gegen den hellen Himmelhintergrund und ließ sich dann wieder zum Schwanze nieder...

„Friedrich, mein Friedrich!“
„Beruhigen Sie sich, Baronin Martha,“ tröstete mich
„Besser; Ihr Mann konnte nicht dabei gewesen sein.“
Der lutschirende Soldat hatte sein Gesicht an
gerieben, um schneller aus dem Bereiche des mephitischen
Luftes hinwegzukommen; das Fuhrwerk rasselte und
stolperte dahin, als wären wir auf wilder Flucht. Ich
schaute, die Pferde gingen durch... zitternde Angst er-
griffte mich. Mit beiden Händen klammerte ich mich an
Friedrich's Arm; aber den Kopf mußte ich zurück wenden,
um dorthin, nach jener Mauer zu schauen und — war es
das lächelnde Licht des Mondes, waren es die Bewegungen
der auf ihre Beute zurückgekehrten Vögel? — mir war es,

als rege sich diese ganze Schaar von Todten, als streckten
uns diese Leichname die Arme nach, als rüsteten sie sich,
uns zu verfolgen...

Ich wollte schreien, aber die furchtgepreßte Kehle ver-
sagte mir den Dienst.

Wieder bog der Wagen um eine Straßenecke.
„Hier sind wir, das ist Horonewos,“ hörte ich den
Doktor sagen, und er befohl dem Kutsher, zu halten.
„Was beginnen wir mit der Frau?“ fragte Frau
Simon — „die wird uns eher ein Hinderniß sein — statt
einer Hilfe.“

Ich raffte mich auf:
„Nein, nein“, sagte ich — „es ist mir jetzt besser...
Ich will Ihnen helfen, so gut ich kann.“
Wir befanden uns inmitten des Ortes, vor dem Thore
eines Schlosses.

„Hier wollen wir zuerst sehen, was sich thun läßt,“
sagte der Doktor. „Das Schloß, von seinen Besitzern ver-
lassen, soll vom Keller bis zum Dache mit Verwundeten
angefüllt sein.“

Wir stiegen ab. Ich konnte mich kaum auf den Füßen
halten, strengte aber meine äußerste Kraft an, um dies nicht
merken zu lassen.

„Vorwärts!“ sagte Frau Simon. „Haben wir alle
unser Gepäcksachen? Was ich mitführe, wird den Leuten
Labung bringen.“

Auch in meinem Kofferchen befanden sich Stärkungs-
mittel und Verbandzeug,“ sagte ich.

„Und meine Handtasche enthält Instrumente und
Arzneien,“ sagte Bresser hinzu, dann gab er den
uns begleitenden Soldaten die nöthigen Befehle: zwei

solten bei den Pferden bleiben, die übrigen mit uns
kommen.

Wir traten unter das Schloßthor. Dampfe Klageklänge
von verschiedenen Seiten... Alles finster —

„Licht! Da macht doch vor allem Licht!“ schrie Frau
Simon.

O weh, alles mögliche hatten wir mitgebracht:
Chokolade und Fleischextrakt, Cigarren und Leinwand-
streifen — aber an eine Kerze hatte niemand gedacht.
Keine Möglichkeit, das Dunkel, das uns und die Un-
glücklichen umgab, aufzuhellen. Nur eine Schachtel
Zündhölzchen, welche der Doktor in der Tasche trug,
half uns für einige Sekunden die schrecklichen Bilder
zu sehen, welche diese Stätte des Elends füllten. Der
Fuß glitt auf dem von Blut schlüpfrigen Boden aus,
weim man sich weiter bewegen wollte. Was nun?
In den hundert Verzweifelten, welche hier wußten und
seufzten, waren nur noch ein paar Verzweifelte und
Seufzende mehr hinzugekommen: „Was nun, was nun?“

„Ich will das Haus des Pfarrers aufsuchen,“ sagte
Frau Simon, „oder sonst im Dorfe Verstand holen.“
„Kommen Sie, Doktor, geleiten Sie mich mit Ihren Streich-
hölzern zum Ausgang zurück; und Sie, Frau Martha,
bleiben in diesem hier.“

„Hier, allein — im Finstern, inmitten dieser wim-
mernden Leute, in dem erstickenden Geruch? Das war eine
Lage! Mir schauerte bis in das Knochenmark. Aber ich
widerstand nicht.“

„Ja“, sagte ich — „ich bleibe an dieser Stelle und
warte, bis Sie mit Licht zurückkommen.“

„Nein,“ rief Bresser, indem er meinen Arm in den
seinen schob, „kommen Sie mit — Sie dürfen in diesem

sich erwärmen, deren unmittelbare Verwirklichung sie für erreichbar halten, so wird man weniger darauf Werth zu legen haben, daß noch 89 Delegirte gegen, als darauf, daß schon 12 Delegirte für den Antrag stimmten.

Der Kongress der Matrosen- und Heizer-Union beschäftigte sich in der Hauptsache mit inneren Angelegenheiten, während deren Erörterung die Öffentlichkeit ausgeschlossen blieb. Die Union hat im abgelaufenen Jahre harte Kämpfe zu bestehen gehabt: einerseits gegen die Koalition der Schiffsheder und die von derselben zum Schutz der freien Arbeit ins Leben gerufene „Schiffsföderation“, und andererseits gegen die Ungunst der Geschäftsverhältnisse. Trotzdem hält die Union sich aufrecht und nimmt neuerdings wieder an Mitgliedern zu. Auf den öffentlichen Sitzungen des Kongresses nahm wiederholt der Matrosenfreund Plimsoll das Wort, um die bis jetzt zum Schutze der Matrosen geschaffenen Gesetze und ihre Handhabung Revue passieren zu lassen und darzulegen, was noch geschehen müsse, um diesen Schutz zu einem vollständigen zu machen. Eine seiner Reden enthielt auch einen interessanten Beitrag zur Frage der „großen Unbezahlten“ — Friedensrichter nämlich. Wo ein besoldeter Friedensrichter für zu große Belastung eines Schiffes 100 Pfund Sterling Geldstrafe verhängt, sühnte Plimsoll aus, verhängt der unbezahlte Friedensrichter, der in den Hafenorten meist zugleich Schiffseigenhümer ist, fünf oder gar nur zwei-undeinhalb Pfund Sterling, sodas der gewissenlose Verleider immer noch seinen Profit dabei macht. Zum Glück sind die Tage dieser „Unbezahlten“ mittlerweile doch gezählt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Oktober.

Die Militärvorlage kann seitens der Sozialdemokratie nur rein prinzipiell aufgefaßt werden. Eine Diskussion der einzelnen Punkte des, nun in immer deutlicheren Umrissen hervortretenden Regierungsplans hat für uns nur ein sehr untergeordnetes Interesse. Das eine steht fest: die neue Vorlage bezweckt eine Stärkung des Militarismus und muß folglich von uns mit Aufgebot aller Kräfte bekämpft werden. Die Frage der zweijährigen Dienstzeit und der jährlichen Bewilligung ist nebensächlich. Wir wollen den Militarismus nicht mit und nicht ohne zweijährige Dienstzeit. Wir wollen den Militarismus nicht mit und nicht ohne einjährige Bewilligung. In jeder Form ist der Militarismus vom Uebel, in jeder Form und unter jeder Bedingung müssen wir ihn unverzüglich und unablässig bekämpfen. Die anderen Parteien stehen ausnahmslos auf dem Boden des Militarismus und sind deshalb bereit zu Verhandlungen, Kompromissen und Schachergeschäften. Die Sozialdemokratie hat nur ein scharfes, streng abweisendes Nein! Und um diesem die nötige Wirksamkeit zu verleihen, muß sie, da sie den übrigen Parteien gegenüber im Reichstage nur über eine geringe Stimmenzahl verfügt, den Kampf wider das neue Militärgesetz und den Militarismus ins Volk tragen. Zum Theil ist dies schon geschehen, jedoch bei weitem nicht in ausreichendem Maße. Wohl hört man den Einwand, es sei noch zu früh, man müsse warten, bis die Vorlage dem Reichstage zugegangen sei. Allein dann ist es zu spät. Jetzt, unmittelbar gilt es mit aller Macht in den Kampf einzutreten, und die Massen aufzuklären über das Unheilvolle, das ihnen zugemutet wird. Daß die Agitation, wenn jetzt schon begonnen im Moment der Entscheidung ermattet sei, ist eine verkehrte Annahme. Die Debatten über das Gesetz werden Del in das Feuer gießen, und der Agitation um so mehr intensive Kraft verleihen, je gründlicher und früher sie begonnen hat, und je besser infolgedessen die Geister vorbereitet sind. Drum keine Zeit verloren! —

Reform des Pressgesetzes — ist das neueste Thema der Reptilienpresse. Was Reform in dem Munde derer bedeutet, denen das Reptilvolk dient, das weiß jedermann — es ist Reform nach rückwärts. Nun sollte man bei unserem Pressgesetz eine solche Reform allerdings für unmöglich halten, inwiefern für deutsche Reaktionen giebt es im Punkte der Rückwärtserei kein „unmöglich“ und so erfahren wir denn ohne Verwunderung aus der „Post“, daß eine

Reform nicht zurückbleiben — unter den vielleicht fieber-tollen Menschen.

Ich war dem Freunde für dieses Vorgehen dankbar und klammerte mich fest an seinen Arm — das Zurückbleiben in diesen Räumen hätte mich vielleicht wahnsinnig gemacht vor Angst. . . . Ach, ich war doch ein feiges, hilfloses Geschöpf, dem Unglück und den Schrecken nicht gewachsen, in welche ich mich da begeben hatte. . . . Warum war ich nicht zu Hause geblieben? Dennoch, wenn ich Friedrich wiederfände? Wer weiß, ob er nicht in diesen dunklen Räumen lag, die wir eben verlassen? Ich rief — während des Hinausgehens — öfter seinen Namen, aber das gehoffte und gefürchtete „Hier bin ich, Martha!“ ward mir nicht zurückgerufen.

Wir traten wieder ins Freie. Der Wagen stand noch auf derselben Stelle. Doktor Bresser entschied, daß ich wieder aufsteigen sollte.

„Frau Simon und ich gehen indessen im Dorfe Gölse suchen,“ sagte er, „und Sie bleiben hier.“

Ich sagte mich gegen, denn meine Füße konnten mich kaum tragen. Der Doktor half mir aufsteigen und richtete mich mit dem unlickenden Strohdach einen Sitz zurecht. Zwei Soldaten blieben bei dem Wagen zurück. Die übrigen wurden von Frau Simon und dem Doktor mitgenommen.

Nach einer halben Stunde umfährte kam die ganze Expedition zurück. Erfolgrlos. Der Pfarrerhof zerstört, wie alles Andere, und leer; sämtliche Häuser Ruinen; nirgends ein Licht anzusehen gewesen — es blieb jetzt nichts Anderes übrig, als den Abbruch des Tages abzuwarten. Wie viele von den Unglücklichen, denen unser Kommen schon Hoffnung erweckt hatte und welche unsere Dörfer jetzt noch hätte retten können, würden in dieser Nacht wohl sterben?

War das eine lange, bange Nacht! Obwohl thatsächlich nur noch drei bis vier Stunden bis zu Sonnenaufgang vergingen, wie endlos mußten uns diese Stunden scheinen, deren Verlauf — statt durch Pendelschläge einer Uhr — durch die ohnmächtigen Dampfen leidender Mitmenschen markirt war.

Endlich dämmerte der Morgen. Jetzt konnte gehandelt werden. Frau Simon und Doktor Bresser machten sich

Revision des § 23 des Pressgesetzes, der von der Beschlagnahme der Druckschriften handelt, sowie der Paragraphen, die sich auf den Hoch- und Landesverrat beziehen, in Regierungskreisen geplant sei. Herr von Caprioli scheint eingesehen zu haben, daß wenn er in dem Geiste seiner Militärvorlage fortregieren will, die öffentliche Meinung vollständig geknebelt, das Volk ganz mundtot gemacht werden muß. Für gewisse Leute möchte es ja sehr angenehm erscheinen, die Opposition gegen das Militärgesetz für Hoch- und Landesverrat zu erklären, und jede Zeitung, welche es bekämpft, in Beschlag nehmen zu lassen. —

Preussische Landtagswahl. Bei der Erziehung in Frankfurt a. M. wurde der freisinnige Kandidat Reichstags-Abgeordneter Funck mit 283 gegen 254 Stimmen gewählt.

Dank vom Geschlechterregiment. Die Hamburger Arbeiter haben nicht umsonst während der Seuche ihren Opfermuth und ihre Manneszucht bewährt. Die Hamburger Ehrbarkeit quittirt darüber durch eine Rückwärtsrevision des bereits reaktionären Hamburger Vereins- und Versammlungsgesetzes von 1851. Der mit der Ausarbeitung des famosen Gesetzes beauftragte Ausschuss hat ein Machwerk hergestellt, das vorderwärtig ist. In einzelnen Punkten ist der Entwurf noch ärger, als das 1851er Gesetz. Bis jetzt konnte die Polizei wegen „dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit“ eine öffentliche Versammlung oder die Versammlung eines Vereins, welcher die Verathung öffentlicher Angelegenheiten zum Zweck hat, untersagen, d. h. verbieten. Nach der neuen Fassung kann aus gleichem Grunde die Polizei jede öffentliche oder nicht öffentliche Versammlung verbieten. Man giebt da der Polizei eine Macht, wie sie dieselbe zwar in Rußland hat, in einem zivilisirten Staat aber niemals haben darf. Wie untergeordnete Polizei-Organ aus Wunsch irgend eines Borgesetzten an dieser oder jener harmlosen Versammlung eines Versammlungsredners „Vergerniß nehmen“, so werden auch die Polizeigewaltigen nicht anstehen, bei allem, was ihnen unbequem ist, einfach eine „dringende Gefahr“ zu sehen, und daraufhin können sie sogar nach dem Gesetzesentwurf jede Versammlung eines Regellubs oder Sparvereins verbieten. Der Entwurf spricht ja ausdrücklich von jeder Versammlung, und die Vertheiligung einer politisch anrührenden Person an irgend einer harmlosen Zusammenkunft kann schon genügen, die „dringende Gefahr“ vor das Auge eines unserer modernen Gespensterseher zu zaubern. Wo eine wirkliche Gefahr — allerdings nicht für das unbestimmte Ding, was man öffentliche Ordnung zu nennen beliebt, sondern für die Gesamtheit — besteht, da bedarf es eines Verbotes überhaupt nicht. Als in Hamburg die Epidemie ausbrach und den sozialdemokratischen Vertrauensleuten gegenüber von seiten der Behörde der Wunsch ausgesprochen wurde, in anbetraucht der Ansteckungsgefahr von der Veranstaltung von Versammlungen abzusehen, waren dieselben sofort bereit, auf Versammlungen zu verzichten. Da bedurfte es keines Verbotes, und bei wirklicher Gefahr wird auch nie ein Verbot nothwendig sein; glücklicherweise zeigt das Volk immer gesunden Menschenverstand und weiß selbst zu beurtheilen, was zweckmäßig oder erforderlich ist. Das „Echo“ schreibt treffend: „Alles in allem: Der neue Entwurf ist ebenso zu verwerfen, wie die alte Revidirte Verordnung.“ Wir brauchen kein Vereins- und Versammlungsgesetz! Eine solche Beschränkung des jedem Menschen zustehenden Naturrechts, sich mit Gleichgesinnten zu vereinigen, ist eines modernen Staates ganz unwürdig, und freie Völker kennen ein solches Gesetz auch nicht. Leider hat sich in der Bürgerschaft nur ein Mann gefunden, der offen bekannte, nicht auf diesem Standpunkt zu stehen. Wir geben uns nicht der Hoffnung hin, daß er bei unseren „Volks“vertretern Nachahmung finden werde; dafür kennen wir die Weisen von der Trostbrücke zu gut. Es wird nicht besser werden, bis die große Masse der Bevölkerung ihre Vertreter in das Patriotische Gebäude sendet.“ —

Wie besichtigt wird. Nur zu oft wissen die Fabrikanten, wenn der Gewerberath zur Kontrolle kommt. Die preussischen Minister sind offenbar auch der Ansicht, daß sie die Verhältnisse am besten und umfassendsten beurtheilen können, wenn sie ihre Ankunft vorher melden. Der Unterrichtsminister Dr. Basse will nach Oberschlesien

neuerdings auf den Weg, um vielleicht doch noch einige der versteckten Dörferbewohner aufzusüßern. Es gelang. Aus den Trümmern krochen hier und da ein paar Bauern hervor — zuerst störrisch und misstrauisch; als jedoch Doktor Bresser sie in ihrer Muttersprache anredete und Frau Simon mit ihrer sanften Stimme ihnen zusetzte, ließen sie sich herbei, ihre Dienste zu leihen. Es hieß vor allem, noch sämtliche anderen versteckten Einwohner aufzreiben, damit sie bei der Arbeit behilflich seien; die umherliegenden Leichen begraben, die Brunnen in Stand setzen, um für die Lebenden Wasser zu schöpfen; die auf den Wegen zerstreuten Felderlesel zusammensuchen, um Gefährte zu schaffen; die Tornister der Gestorbenen und Gefallenen ausleeren und die darin befindliche Wäsche für die Verwundeten verwenden. Jetzt kam auch ein preussischer Stabsarzt mit Leuten und Hilfsmitteln an — und so konnte endlich mit einigem Erfolg daran gegangen werden, den Unglücklichen Hilfe zu bringen. Man war auch für mich der Augenblick gekommen, da ich vielleicht denjenigen finden würde, auf dessen vermeintlichen Ruf ich die unselige Fahrt unternommen; dieser Gedanke peitschte meine gedrückten Kräfte wieder einermassen auf.

Frau Simon begab sich in Begleitung des preussischen Stabsarztes zuerst in das Schloß, wo die meisten Verwundeten lagen. Doktor Bresser wollte die übrigen Männe des Dorfes durchsuchen. Ich zog es vor, mich dem Freunde anzuschließen und ging mit diesem. Daß Friedrich in dem Schlosse nicht lag, hatte der Doktor bereits auf einem früheren Rundgang konstatiert.

Wir hatten kaum hundert Schritte gemacht, als laute Klagerufe an unser Ohr schlugen. Dieselben drangen aus dem offenen Thor der kleinen Dorfkirche. Wir traten ein. Ueber hundert Menschen lagen auf dem harten Steinboden — schwerverwundet, verstümmelt. Fiebernden und irdenden Blickes schrien und jammerten sie nach Wasser. Schon an der Schwelle war mir zum Umsinken — ich schritt aber dennoch die Reihen durch: ich suchte ja Friedrich. . . . Er war nicht da.

Bresser mit seinen Leuten machten sich bei den Armen zu schaffen; ich stützte mich an ein Seiten-

reisen, um zu „inspiren“. Er kündigt dem Bürgermeister, dessen Stadt er zuerst aufsuchen will, vorher seine Ankunft an. So wird inspiziert in Preußen. —

Es giebt keinen Nothstand. Eines der bedeutendsten westfälischen Eisenwerke, die Firma Thyssen u. Co. in Styrum hat die nachstehende Erklärung abgegeben:

Wir wollen nicht unterlassen, unseren Arbeitern mitzutheilen, daß die Verhältnisse der Eisenindustrie sich von Tag zu Tag schwieriger gestalten, indem infolge der unvorhergesehenen großer und zahlreicher Industriezweige der inländische Bedarf eine außerordentliche Abnahme erfahren hat. Er sah dafür zu schaffen ist nur noch zu Verlust bringenden Preisen aus dem Auslande möglich! Was hierbei aber ganz besonders in die Waagschale fällt, ist der Umstand, daß die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie durch die ungeheuren Kosten, welche ihr durch die neuere Gesetzgebung einseitig, das heißt im Gegensatz zu der Industrie des Auslandes, auferlegt worden sind, im höchsten Grade erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht wird. So ungenügend wir auch dazu übergehen, so sehen wir uns doch durch diese Verhältnisse zu unserem Leidwesen gezwungen, gegen Mitte November eine allgemeine Lohnherabsetzung eintreten zu lassen, um mit Hilfe derselben, sowie der Ersparnisse, welche wir nach allen Richtungen hin anstreben, und diejenige Arbeitsmenge nach Möglichkeit zu beschaffen, deren wir für Aufrechterhaltung unseres Betriebes bedürfen. Wir bringen dies schon heute zur Kenntniß unserer Arbeiter, damit ein jeder sich rechtzeitig danach richten kann. An eine Besserung der Verhältnisse ist für die nächste Zeit nicht zu denken, vielmehr dürfte eine weitere Verschlechterung zu gewärtigen sein.“

Die Herren Unternehmer, die von einer Gesetzgebung fabeln, die sie bedrückt, da doch die Plusmacherei Schutz und abermals Schutz findet, sichern sich gegen die wirtschaftliche Krise, indem sie ihren Arbeitern den Brottrog höher hängen. Aber es giebt keinen Nothstand. —

Stephan. Wie der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet wird, sind acht Bochumer Postassistenten verlegt worden, weil sie Vorstands- oder sonst rührige Mitglieder des hiesigen Zweigvereins des bekannten Postassistenten-Verbandes gewesen sind. Offenbar handelt es sich hier um eine neue Maßregel Stephan'scher „Sozialpolitik“, die mit dem Vereinsrecht so kurzen Prozeß macht, wie mit der Unterstützung hantwärtiger Unterebeamten. —

Dynastisches. Die jüngsten Gerüchte, dahingehend, daß der Sohn des Herzogs von Cumberland Herzog von Braunschweig werden sollte, haben die offiziöse und die Regierungs- und gewaltig erregt. Die „Post“ schreibt: „Wir erfahren auf das allerbestimmteste, daß alle solche Projekte, wenn sie irgendwo bestehen, in die Luft gebaut sind, da auf seiten des Königs von Preußen und seiner Regierung, die doch wohl das entscheidende Wort zu sprechen haben, nicht der allergeringste Wille vorhanden ist, solchen Projekten näher zu treten.“ Wir stehen diesen dynastischen Angelegenheiten kühl bis an's Herz gegenüber. —

Ultramontane Volksbildung. Im Verlage des „Katholischen Volkskalenders für die österreichische Monarchie“. Selbstverständlich wird darin auch eifrig gegen die Sozialdemokratie agitirt. Um das geistige Niveau der Herausgeber des Kalenders zu kennzeichnen, wollen wir einen Auszug abdrucken, welcher den Vortheil hat, sich auf offizielle Quellen, nämlich auf die Indulgenzen (Ablassurkunden) des heiligen Stuhles — S. C. J. — zu stützen, von denen einige sogar im 19. Jahrhundert herausgegeben wurden. Man wird übrigens nicht fehlgehen, wenn man diesem Auszug auch die Absicht zuschreibt, „fördernd auf die Industrie zu wirken. Und nun lese man:

Wann gehen die mit geweihten Gegenständen verbundenen Ablässe verloren? Diese Frage beantwortet die „Dinger Quartalschrift“ folgendermaßen: Im allgemeinen können Kreuze, Kränze, Bilder (wenn sie nur nicht aus einem Stoffe sind, der leicht zerbröckelt und abgenutzt werden kann), Medaillen und Statuen von kanonisierten Heiligen und Rosenkränze aus dem verschiedensten Material mit Ablässen versehen werden. Diese mit Ablässen versehenen Gegenstände können nicht mehr verkauft werden (S. O. Indulg. 6. Jun. 1721); — auch können sie nicht an andere ausgeliehen werden, damit diese dann die damit verbundenen Ablässe gewinnen, sonst geht der Ablass verloren (S. O. I. 26. Nov. 1714); — will jedoch ein anderer z. B. nur den Rosenkranz beten, nicht aber den Ablass

aktar und blickte mit unverkennbarem Schaudern auf das Zimmerbild.

Und das war der Tempel des Gottes der ewigen Liebe — das waren die wunderthätigen Heiligen, welche da saßen und ihre Köpfe unter dem goldstrahlenden Gloriosa schein emporhoben? . . .

„O Mutter Gottes, heilige Mutter Gottes. . . einen Tropfen Wasser. . . erbarme dich!“ hörte ich einen armen Soldaten stehen. Das hatte er zu dem buntemalten, tanzen Bilde wohl schon tagelang vergebens gebetet. — O, ihr armen Menschen, ehe ihr nicht dem Gebot der Liebe gehorcht, daß ein Gott in eure Herzen gelegt hat, werdet ihr immer vergebens die Liebe Gottes anrufen — so lange unter euch die Grausamkeit nicht überwunden ist, habt ihr von himmlischem Mitleid nichts zu hoffen. . . .

Was ich an diesem selben Tage noch alles sehen und erfahren mußte!

Nicht wieder erzählen, das wäre freilich das Einfache und Verlorenste. Man schließt die Augen und wendet den Kopf ab, wenn gar zu Grauenhaftes sich ereignet — und das Gedächtniß hat die Fähigkeit zu solchen Augenblicke. Wenn doch nichts mehr zu helfen ist — was läßt sich an der starren Vergangenheit ändern? — wozu sich an anderen mit dem Wühlen in dem Entsetzlichen quälen? Wozu? Das werde ich später sagen. So viel jetzt: ich muß.

Mehr noch. Nicht nur mein eigenes Gedächtniß muß ich anstrengen — meine Auffassungskraft reicht an die Wucht der Geschehnisse gar nicht heran —; ich werde mich hinzusetzen, was andere Zeugen jener Szenen — was Frau Simon, Doktor Brauer und der sächsische Feldhospitalkommandant, Doktor Raumborff (man vergleiche des letzteren genannten erschütterndes Buch „Unter dem rothen Kreuz“ berichtet haben.

(Fortsetzung folgt.)

gewinnen, so geht dem Besitzer der Ablas nicht verloren. (S. C. I. 10. Jan. 1839). Ein solches Ausbleiben wird aber besser ganz vermieden, um überhaupt nie in Zweifel zu geraten, ob der Ablas verloren gegangen ist; jeder soll vielmehr seinen eigenen Rosenkranz haben und nur an diesem denken; dann ist kein Zweifel mehr möglich. Verschenkt man einen mit Ablas versehenen Gegenstand, nachdem man ihn für sich bestimmt und gebraucht hat, so verliert der Gegenstand den Ablas; wohl aber darf man irgendwelche fromme Gegenstände mit Ablas versehen lassen mit der Intention, sie nachher z. B. an Bekannte zu verschenken. Diese können die betreffenden Gegenstände noch einmal an andere Personen verschenken, wenn sie davon keinen Gebrauch gemacht haben; weiter aber geht der Ablas nicht mehr (S. C. I. 26. Nov. 1714). Bei den Rosenkränzen hasset der Ablas an den Körnern, daher geht er nicht verloren durch das Zerreißen der Schnur oder Kette, ja auch nicht, wenn mehrere Körner verloren werden, solange nur der größte Theil derselben bleibt (S. C. I. Aug. 1847). Bei Kreuzigten hasset der Ablas an dem Christusbilde, daher kann man dasselbe nach Belieben an ein anderes Kreuz heften (S. C. I. Apr. 1840). (Monatsh. zu Ehren u. L. S. Salzburg.)

Wir wiederholen, dieser Aufsatz erschien im „Volkskalender für die österreichische Monarchie 1893!“

Der Kampf um den Armen. „Volksvorlesungen und Volksabende“ empfiehlt die „Rölnische Zeitung“. Warum? Damit die irdenden Seelen vor der Ungarnung des Bösen gerettet werden, damit sie eingehen in das alleinigmachende Himmelreich des Nationalliberalismus. Auf den Felsen spürt sie schon den ultramontanen Wettbewerber, da die Zentrumschirten gleichfalls für ihre Heerden neuen Zuwachs suchen. Man höre die „Rölnische“: „Infolge der Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe sind in den größeren Städten zahlreiche noch nicht völlig gereifte Personen beiderlei Geschlechts in den Nachmittags- und Abendstunden frei; leicht können sie während derselben auf Abwege gerathen. Es handelt sich deshalb darum, für diese Gelegenheiten anständige Erholung und Zerstreuung zu schaffen. Bereits macht die ultramontane Presse hierauf aufmerksam und will die allein stehenden Mädchen der Obhut der Klosterfrauen empfohlen wissen. Wir meinen, daß es durchaus nicht wünschenswerth ist, die kirchlichen Einflüsse hierdurch noch zu verstärken, und empfehlen deshalb den liberalgefunten Kreisen, sich bei Zeiten der Sache anzunehmen und Gelegenheiten zur Erholung zu schaffen, die auf völlig neutralem Boden stehen, lediglich gemeinnützige Zwecke im Auge haben.“ Man erkennt, daß der allerhöchste Geschäftsgeist aus diesen Zeilen spricht. Dasselbe Organ, das gegen jeden Arbeiterkampf Front macht und die Ausbeutung der Arbeiterarbeit als Kulturfortschritt feiert — mag auch die Unterbezahlung bei Ueberarbeit die Arbeiterinnen scharfweiße der Prostitution zutreiben —, fürchtet von der fargen Verlängerung der Wochenarbeit, wie sie die Sonntagsruhe gebracht hat, Gefahren für die Arbeiter des Handelsgewerbes. Als ob nicht die Bourgeoise es wäre, die wirtschaftlich und geschlechtlich die Frauen der Arbeiterklasse ausnützt? Doch die Sumpfsänger der „Rölnischen“ werden mit leeren Händen heimkommen. Unsere Arbeiterschaft lernt ihre freie Zeit besser und besser verwenden; sie kämpft für ihre eigene Sache, sie wird sozialistisch. Und dann ist es mit dem „Volksvorlesern“ des Liberalismus und den Klosterfrauen der Zentrumsleute wieder einmal nichts.

Schweizerisches. Die Gemeindeverwaltung von Lausanne (Ranton Waadt) erklärte sich zu Gunsten des Antrags Boicau und Bourgoz, welcher den Großen Rath ersucht, in das Wahlgesetz die Bestimmungen aufzunehmen, daß es den Gemeinden erlaubt sei, ihre Gemeindebehörden nach dem Proportional-System zu wählen.

Carmaux. Wie thaten der französischen Regierung eine unverdiente Ehre an, als wir gestern nach einem Telegramm mittheilten, der Erlaß des Präfecten (vom Departement Tarn, in welchem Carmaux liegt) sei außer Gültigkeit gesetzt worden. Der Minister Loubet erklärte allerdings den sozialistischen Abgeordneten gegenüber seine Bereitwilligkeit, die Rücknahme des Erlasses zu bewirken. Er hat aber sein Wort nicht gehalten. Der Erlaß ist in Kraft, und über sein Verbleiben wurden gestern wie heute Verhaftungen vorgenommen. Bisher wurden die Verhafteten regelmäßig nach Aufnahme der Personalien wieder in Freiheit gesetzt, aber der Prozeß soll ihnen gemacht werden, und da Kavalleriepatrouillen beständig die Stadt und nächste Umgebung durchstreifen und jede Menschenansammlung in Thron verhindern, so wird ein ernsthafter Zusammenstoß kaum mehr lange zu vermeiden sein, obgleich die Gemeindebeamten, im Verein mit den anwesenden Abgeordneten und den Syndikatsvorständen, ihr äußerstes aufbieten, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die streikenden Arbeiter haben gestern einstimmig die Fortsetzung des Ausstandes beschlossen.

Französische Kolonialschmerzen. Nicht bloß in Dahomey steht es schlecht für die Franzosen, sondern auch in Tonkin, diesem Schmerzenskind der französischen Kolonialpolitik. Tonkin, das schon 200 Millionen Franken und mindestens 100 000 Menschenleben verschlungen hat, ist ein wahres Grab der Europäer. Die Hälfte aller Truppen, die hingeschickt wurden, verfiel binnen Jahresfrist dem Tod oder lebenslänglichem Siechthum. Von den 6000 Mann Besatzung, die jetzt dort gehalten werden, sind beständig 3000 im Hospitale, und die gesunden 3000 sind nicht imstande, für die Ordnung im Lande zu sorgen. Die chinesischen „Seeräuber“ werden von Tag zu Tag zahlreicher — die Kolonialarmee muß wesentlich vermehrt werden, wenn man Tonkin behaupten will. Gerade wie mit unseren Kolonien. — Bezüglich Dahomey's wird von französischen Chauvinisten ausgesprochen, die Dahomeer hätten deutsche Gewehre und sogar deutsche Offiziere. Letzteres ist natürlich Unsinn. Mit den Gewehren aber hat's seine Richtigkeit, nur daß die Dahomeer doppelt so viel französische als die deutschen Flinten besitzen. Das Kapital ist eben international, und die französischen Spekulanten wollen ebenso gut etwas verdienen wie die deutschen.

Italien. Der Ministerrath hat dem König sein Programm vorgelegt. Von Interesse ist nur der auf die Finanzen bezügliche Theil. Defizit und Defizit: für 1891/2 59 1/2 Million, für das laufende Jahr 1892/3: 37 1/2 Million, für 1893/4: über 50 1/2 Million. Das Defizit soll aber durch allerhand Manöver und durch „Ersparnisse“

in den (ohnehin mehr als spärlichen) Ausgaben zum Besten der Gemeinden und Provinzen — für das gegenwärtige Finanzjahr in einen Ueberschuß von 6 Millionen Lire (à 80 Pfennig) verwandelt werden, und für das nächste Jahr ist Gleichgewicht des Budgets' vorherzusehen! An dem Armeebudget, welches das Defizit herbeigeführt hat, wird nicht gerüttelt. Die Quelle des Uebels wird also nicht verstopft. Die Ursache bleibt und — die Wirkung wird bleiben; das Defizit, und schließlich der Bankrott. —

„Unparteiisch.“ Aus Pittsburg in Amerika wird gemeldet:

Die Großjury hat die Mitglieder des Raths-ausschusses der Bergleute wegen Landesverraths in Anklagezustand versetzt. Der Bericht bestand darin, daß sie die Beamten des Staates an der Erfüllung ihrer Pflichten bei dem kürzlichen Aufreißer hinderten. Die Großjury hat ferner die Herren Frid, Veishman, Lovejoy, Curry, Botter, Childs und Mc Connell, sämtlich Beamte der Carnegie'schen Eisengesellschaft, und die Herren Henry und Frederick Pinkerton, sowie mehrere Pinkerton'sche Geheimpolizisten in Anklagezustand versetzt. Die letzteren werden des Mordes und des Komplottes bezichtigt.

Die Großjury, d. h. die Geschworenen-Anklagekammer, welche die Prozesse nicht selbst aburtheilt, sondern nur darüber entscheidet, ob ein Fall vor die Geschworenen kommt oder nicht, hat also „unparteiisch“ wie die „National-Zeitung“ sich heute Abend ausdrückt, beide Theile getroffen: die Arbeiter von Homestead und die Pinkerton-Banden nebst deren Anstiftern. Die „Unparteilichkeit“ besteht darin, daß Mörder und Opfer auf eine Stufe gestellt werden! Und Mörder sind die „Pinkertons“ unzweifelhaft, während es gerabzu verklärt ist, den Widerstand der Arbeiter gegen den Versuch, sie ohne Weiteres auf's Pflaster zu setzen, als „Landesverrath“ (treason) zu bezeichnen. —

Rußland und die Dardanellen. Die russische Regierung hat wieder einen Schritt gethan, um für ihre Kriegsschiffe das Recht der Durchfahrt durch die Dardanellen zu erlangen und sich damit das Mitteländische Meer zu öffnen. Seit durch die Annexion von Elsch-Lothringen die eine der Weltmächte, die im Krimkrieg den eroberungslustigen Jarrismus zu Paaren trieben: Frankreich, in einen anderen Interessentenkreis hineingebürgert worden ist, arbeitet die russische Regierung unablässig daran, die Verträge zu sprengen, und das Dardanellenloch einzunehmen. Daß sie die Verträge, welche Rußland in das Schwarze Meer einperren, nicht mehr anerkenne, ließ sie unmittelbar nach dem Frankfurter Frieden den übrigen Regierungen amtlich mittheilen. Allein die politischen Fragen sind Nachtfragen, und so lange die Tories in England am Ruder waren, welche die russischen Weltbeherrschungspläne zu vereiteln entschlossen sind, ließ sich nichts machen. Jetzt aber, wo der russenfreundliche und türkenfeindliche Gladstone in seiner zitternden Greisenhand das Steuer hält, ist den Russen wieder der Raum geschwollen. —

Parteinachrichten.

Schein und Wirklichkeit, oder wie Herr Hans Müller, der Regenerator der deutschen Sozialdemokratie, über die „Unabhängigen“ brieflich urtheilt und was er über sie denken läßt.

In seinem neuesten, in der Bourgeoisipresse viel gelobten Pamphlet gegen die sozialdemokratische Partei schreibt Hans Müller über die „Unabhängigen“ u. a.:

„Der Kampf, der in Bezug auf ausgefochten wurde, war ein Klassenkampf, in dem der kleinbürgerliche Sozialismus den proletarischen endgültig besiegte.“ (S. 116.)

„Weil die Partei in ihrer Gesamtheit aufgebrocht hatte, revolutionär zu sein, so konnte sie auch keinen revolutionären Plägel gebrauchen. Ihr neuer opportunistischer Standpunkt vertug keine Verbindung mit dem prinzipiellen und deshalb vollzog sich die Spaltung und die Bildung einer neuen revolutionären Partei trotz aller Vorurtheile und Hindernisse, welche sich ihr selbst bei den revolutionär gesinnten Genossen entgegen stellten, trotzdem es ihr an genialen Organisatoren und Wortführern erhen Mangel gebrach.“

„Keine Partei ist in ihren Anfängen weniger Kunstprodukt, keine mehr bloßes Ereigniß weltgeschichtlicher Nothwendigkeit gewesen, als die Partei der unabhängigen Sozialisten.“ (S. 117.)

„Der Verfasser erklärt im voraus, daß er in den meisten Punkten die Anschauungen und Ueberzeugungen der oppositionellen Sozialdemokraten theilt.“ (Einleitung S. 7 und 8.)

So das gedruckte und für die Öffentlichkeit bestimmte Urtheil des Herrn Müller über die „Unabhängigen“ im Juli—August 1892. Das ein halbes Jahr früher, in einem Brief an einen Bekannten niedergeschriebene, allerdings nicht zur Veröffentlichung bestimmte Urtheil über dieselben „Unabhängigen“ hat dagegen folgenden Wortlaut:

„Hier hat der „Sozialist“, obgleich man ja durchaus nicht mit der Parteiregierung durch die und dann geht, keinen Anhang. Im Gegentheil hat er die Richtung Manz u. Komp. nur wieder gestärkt.“

„Meine gestern Abend abgefassten Artikel werden Sie erhalten haben. Ihnen und Ihrer Frau ein fröhliches Weihnachtsfest wünschend, verbleibe ich mit bestem Gruß
Hans Müller.“

Das ist Hans Müller in Schein und Wirklichkeit! Bemerkten wollen wir hierzu nur, daß derselbe Herr wenige Wochen, bevor er den vorstehenden Brief schrieb, auf eine Annonce hin, unter Berufung auf seine frühere Prestigiosität, aber unter Ver-schweigung des sozialdemokratischen Charakters des Blattes, an dem er Redakteur war, und unter Verschweigung seiner eigenen Parteistellung, um eine Redakteurstelle bei einem Bourgeoisblatte suchte; Herr Müller that dies allerdings erst, nachdem sein Bemühen, ständiger Mitarbeiter des „Vorwärts“ zu werden, nicht von dem gewünschten Erfolge begleitet war.

Und dieser politische Zwist führt sich zur Regeneration der sozialdemokratischen Partei berufen!

Agitationsbericht. Nach Marseille und zurück. (Schluß.) Sehn Stunden Eisenbahnfahrt und ich war in Lyon, wo mich — bei eiligem Nordwind, der von dem warmen Südwind des Mittelmeers gar empfindlich abfiel — die Nebelstunde des „Peuple“ und andere Freunde mit warmem Händedruck und herzlichem Willkommen empfingen. Wie sagts mit der Aus-scheidung? war die erste Frage. Als ich sagte, daß ich die ganze Geschichte für einen boulangistischen Wink mit dem Zaunpfahl hatte und daß niemand mich bestrafen habe, da erscholl es in leidenschaftlichem Ton: „Das sollten sie auch wagen! Hier sind Sie jedenfalls sicher. Die Arbeiter Lyon's würden nicht dulden, daß ein Polizist Sie berührt. Bleiben Sie hier! Morgen müssen Sie in einer Versammlung reden. Ich mußte danken, mit Rücksicht auf Mülhausen. Leicht war es mir nicht loszukommen, doch schließlich sah man ein, daß ich nicht anders konnte. Und nun führten mich die Freunde in ein dem Bahnhof nahe liegendes Kaffeehaus. Da ging es an ein Fragen und Antworten; wie es in Deutschland steht? über die Organisation unserer Partei, über alles was Sozialdemokraten und Genossen interessiert. Von Elsch-Lothringen kein Wort. „Diese Frage erregt nicht für die Arbeiter!“ hatte es in Marseille geheißen. Nach anderthalbstündiger herzlichster und anregendster Unterhaltung geleiteten mich die Freunde noch zur Druckerei und Redaktion des „Peuple“ und dann zu einem Hotel. Ehe wir uns trennten, mußte ich noch versprechen, recht bald, d. h. so bald es mir irgend möglich, nach Lyon zu kommen und ja nicht die Griffe an die deutschen Bräuer zu vergessen. Der „Peuple“, der mir seitdem regelmäßig zugeschiedt wird, hat über unser Zusammensein einen sehr freundlichen Bericht veröffentlicht; er verteidigt unsere Sache mit ebenso viel Muth wie Geschick und leuchtet dem Chauvinisten-volk nach Verdienst heim.

Den folgenden Morgen — 28. September — nach 7 Uhr dampfte ich von Lyon ab. Die Behauptung der chauvinistischen Klatsch- und Schimpfpresse, ich sei von Polizisten nach der Bahn geleitet, und wenigstens indirekt ausgewiesen worden, ist willkürlich aus der Luft gegriffen, hat auch keinen Schatten von tatsächlicher Unterlage. Nicht die geringste Belästigung habe ich erlitten; die einzige mir bekannte Ausweisung einer amtlichen Person bezüglich meiner angeblichen Ausweisung ist die des Raires von Marseille, der auf Befragen erklärte, seines Wissens entbehre die Nachricht jeglicher Begründung.

Zwölf Stunden auf der Eisenbahn, über Besançon, Belfort nach der deutschen Grenze. Dort — in Altmünsterol — lernte ich die lieblichen Grenzverhältnisse kennen, von denen ich schon auf meiner Hinreise in Mülhausen einen Vorgeschmack bekommen hatte. Damals fuhr mir nämlich, obgleich ich ganz päntlich mit dem Schnellzug von Frankfurt eingetroffen war, der nach Frankreich gehende Schnellzug vor der Nase weg; und auf meine Beschwerde bei der Bahnverwaltung wurde mir der achsel-schüttelnde Bescheid: „Die Jüge warten nicht aufeinander“; die Folge war, daß ich 8 Stunden länger zu fahren hatte. Jetzt er-gibt mir's nicht besser. Nachdem die Gepäckrevision glatt und schnell — die Beamten waren von musterhafter Höflichkeit — erledigt war, dachte ich, der neue Zug, in den wir unangesehen hatten, würde gleich abfahren. Die Zeit drängte; es war 7 Uhr, und um 9 1/2 wurde ich in Mülhausen erwartet. Doch Minute um Minute verram, Viertelstunde um Viertelstunde. Erst nach fünf Viertelstunden setzte der Zug sich in Bewegung; ich mußte nun, wie man es macht, um den Grenzverkehr zu erschweren, und erreichte, in nichts weniger als rosigter Laune, das Ziel meiner Reise, und die Mülhauser Genossen, welche mich ungeduldig erwarteten. Es war 10 Uhr vorbei. Sofort in die bereitgehaltene Droschke, und so rath die Polizei-Ordnung es erlaube, nach dem Versammlungsort! Zum Glück langten wir noch an, ehe die angekündigte Aufhebung der Versammlung durch die Polizei erfolgt war. Den Wortkogs-gegenstand hatte die Behörde geändert: ich durfte nur die wirtschaftliche Lage behandeln — die elsch-lothringische Frage ist ein politisches Thema, und über Thema darf nicht gesprochen werden.“ Die dicht zusammengedrängte Versammlung hatte immer angehalten, mein Kommen, das Aussicht auf Erlösung aus drangvoll fürchterlicher Enge bot, wurde jubelnd begrüßt, und ich mußte unerbittlich, wie ich ging und stand, auf die Rednerbühne. Es war kein Vergnügen — von 7 Morgens bis 10 Abends in der Eisenbahn, mit einiger Unterbrechung der tödlich langen Wartezeit in Münsterol, ohne Gelegenheit zur Erfrischung und Reinigung, und da gleich eine Weile halten. Allein es mußte gehen und es ging.

In Mülhausen fand ich ein vortreffliches Arbeiterelement. Nach der Versammlung plauderten wir noch lange miteinander. Am anderen Morgen wurde mir die Druckerei mit allen Geschäftsbüchlein gezeigt und hierauf die famosen Oeuvres ouvrières, die berechtigten Arbeiterhüte, mit denen die Bourgeois-wohlthätigkeit so lange gepunkt hat, bis Dr. Hertner die Heuchel-maske heruntergerissen.

Von Mülhausen fuhr ich des anderen Tags (29. Septbr.) nach Freiburg im Breisgau; von da den 30. nach Karlsruhe; dann den 1. Oktober nach Offenburg (die Karlsruhe-ruher konnten für den 1. Oktober keinen Saal erlangen, und so lauschten sie mit Offenburg, was meiner Distanzfahrt eine Extradosis von 8 Stunden Eisenbahnfahrt hinzufügte); den 2. Oktober nach Mannheim, den 3. nach Frankfurt a. M., den 4. nach Offenburg. In all diesen Orten sprach ich, in allen waren die Versammlungen sehr gut besucht — in Karlsruhe, Mannheim und Frankfurt a. M. mußten viele tausende am Eingang umkehren, weil der Saal oder die Polizei keinen Raum mehr gewährte.

Ich sprach über die politische Lage, über die Grundsätze der Sozialdemokratie, über Sozialismus und Anarchismus u. s. w. Mit dem Erfolg konnte ich durchwegs zufrieden sein; in Freiburg hatte ich das Vergnügen, in der Person eines katholischen Doz-pfarrers, der als Dekan sich eines lokalen Rufes erfreut, einen „Gegner“ zu finden, der sich ein paar hundert katholische Gesellenvereiner mitgebracht hatte und mir mit seinen Kapuzinaden und seinen Tricks der Verlockung zu Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung viel Spaß machte. Der Spaß wäre freilich noch größer gewesen, wenn ich die Kapuzinaden und Tricks nicht schon vorher auswendig gewußt hätte. Zu meiner heiteren Verwunderung erfuhr ich nachträglich, daß der Mann Führer der Katholiken in der badischen Kammer sei. Geschieht ihnen recht.

Ueberall am Rhein und Main fand ich unter den Genossen den besten Geist, und insbesondere von Mannheim und Offenburg, wo die beiden Betrüger Hantsler und Zahn ihr Wesen getrieben, kann ich die erfreuliche Mittheilung machen, daß die Folgen der Thätigkeit dieser zwei kapitalistisch veranlagten Persönlichkeiten, die bei der Sozialdemokratie ihren Beruf verfehl haben, vollständig überwunden sind, soweit die Partei im Spiele ist.

Am 5. Oktober, Nachmittags 5 1/2 Uhr, war ich wieder in Berlin. Während der 13 1/2 Tage meiner Abwesenheit war ich 110 Stunden auf der Eisenbahn und habe nicht halb so viel Stunden geschlafen — von der Arbeit nicht zu reden. Das für die „Vergnügungstour“! W. Lieblinck.

Magdeburger Gewerbegerichts-Wahlen. Infolge einer Verichtigung, welche die „Volkstimme“ mittheilt, stellt sich das Stimmenverhältniß endgültig folgendermaßen: Sozialdemokratie 3270, Kirch-Dunkerianer und Christlichsoziale 618.

Polizeiliches, Gerichtliches u. c. Genosse Kobusch in Bielefeld wurde wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Freigesprochen von der Uebertragung des Vereinsgesetzes wurde in Burg der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 14. Oktober.
Opernhaus. Tristan und Isolde.
Schauspielhaus. Rarzig.
Lesing-Theater. Die Orientreise.
Deutsches Theater. Galeotto.
Berliner Theater. Die wilde Jagd.
Wälder-Theater. Der Mann im Monde.
Belkallischer Theater. Pandora, oder: Götterfunken. Vorher: Die Nürnberger Puppe.
Droll's Theater. Die lustigen Weiber von Windsor.
Reichens-Theater. Im Pavillon. Vorher: Nach zwei Jahren.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Die Banditen.
Thomas-Theater. Onkel Bräsig.
Adolph Ernst-Theater. Die wilde Madonna.
Alexander-Platz-Theater. Die Liebe vor Gericht. Hierauf: Lammhäuser.
National-Theater. Die Räuber.
Apollon-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Saunders's Variétés. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variétés. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Die wilde Madonna.
 Gesangsposse in 3 Akten von L. Trostow. Compositur von G. Görs. Musik von G. Hoffmann. Mit neuen Kostümen und Dekorationen aus dem Atelier des Herrn Lütkemeyer in Coburg.
 In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Alexander-Platz-Theater.
Novität! Novität!
Die Liebe vor Gericht.
 (Trial by Jury.)
 Operette in 1 Aktung von W. S. Gilbert und Arthur Sullivan.
 Hierauf:
Tannhäuser.
 Große Ausstattungs- u. Gesangs-Posse.
 Anfang 6 1/2 Uhr.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.

American-Theater.
 Wiederaustr. des urkomischen
Bendix
 in seiner neuesten Saisonnummer.
 „Man merkt's am Gang —
 Da ist was maug.“
 Neu! Der feine Reissner. Neu!
 Berl. Lokalshwan v. Oskar Wagner

Bereins-Piano. Klav. Simeonstr. 23.
 Vereinszimmer mit Piano, auch zu
 Zählstelle. Walter, Fehdehellerstr. 48.
 Allen Genossen empfehle mein Pak-
 Geschäft. Eleganter und billiger
 Putz.
Antonie Steinicke,
 2494b) Südbekerstraße Nr. 36.

**Central-Krankenkasse der Sattler
 und Berufsgenossen „Hoffnung“** (Eing. Hülft. 64
 Berlin).
 Sonnabend, den 15. Oktober,
 in Sternecker's Bürgerkäse, Dresdenstraße 96:
IX. Stiftungs-Fest
 Großes Instrumental-Konzert und Ball.
 Während der Pausen: Auftreten verschiedener Künstler.
 Anfang 9 Uhr. Ende?
 NB. Sämtliche Zahlstellen bleiben an diesem Abend geschlossen.
 Der Vorstand.

**Verband deutscher Gold- u. Silberarbeiter
 und verw. Berufsgenossen.** (Zahlstelle Berlin.)
 Sonnabend, 15. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, Dresdenstr. 45:
General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Wahl des Vorstandes.
 4. Verschiedenes.
 Zeitungen und Beiträge in der Versammlung beim Kassierer. Um zahl-
 reiches und pünktliches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.
 Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kollegen S. Wagner, Anpen-
 straße 6, prt. Adressenaufgabe vom 8—10, Abends von 7 1/2—8 1/2 Uhr.

**Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter
 Berlins und Umgegend.**
 Die Zusammenkunft der Vertrauensmänner für den Süden findet jeden
 Sonnabend nach dem 15. im Monat im Verkehrslokal von Siegemund,
 Eisenbahnstr. 20, statt. Fällt, wie im Monat Oktober, der 15. auf einen
 Sonnabend, so findet die Sitzung am nächstfolgenden Sonnabend statt.
 Vertretungen, die noch nicht durch einen Vertrauensmann vertreten sind,
 werden gebeten einen solchen zu entsenden.
 Der Vorstand.

Circus Corty-Althoff.
 Berlin, Friedrich-Karl-Str.
 Ecke Karlstraße.
 Freitag, den 14. Oktober,
 Abends 7 1/2 Uhr:
Komiker-Vorstellung.
 Auftreten sämtlicher Komus
 in ihren komischen Attos und
 Intermezjos. Außerdem Auftreten
 der berühmtesten Künstlerinnen u.
 Künstler, sowie Reiten und Vor-
 führen bestdressierter Schuß- und
 Freizeitspferde. — Näheres die
 Plakate. — Sonnabend, 7 1/2 Uhr:
 Große Vorstellung.

**Passage-
 Panoptikum.**
 Fuß!!
 9 ein
 Riesen-
 Kind!!!
 Ohne Extra-Entrée.
 von 11—1 und 4—9 Uhr.

**Castan's
 Panoptikum.**
 Geöffnet von 9 Uhr Morgens
 bis 10 Uhr Abends.
 Allen Genossen empfehle ich bestens
mein Lokal
 zum gemüthlichen Aufenthalt. Es soll
 mein Bestreben sein, jeden nach Kräften
 zu bedienen. Zimmer für Vereine,
 passend für Zahlstellen, zu vergeben.
 Gerhardt, Reichenbergerstr. 11/12.

Rossfleisch-Speiseanstalt,
 Grünerweg 2, an der Blumenstraße.
 Allen Genossen wird die saubere und
 schmackhafte Kost zu einem Versuch
 empfohlen.
 2482b

Vereinen
 empfiehlt sich bei vorkommenden Fest-
 lichkeiten u. Lieferung v. Bouquet,
 Zuckerwaaren, Kaffee, Marzipan etc.
J. Sturm, (2478b)
 Mühlstr. 5 und Neue Königstraße 42
 Bierverlag mit Junagier-Handel
 sofort zu verkaufen. Preis 700 M.
 2478b
 Liegnitzerstr. 7/8.

Feen-Palast
 Burgstraße, neben der Börse.
 Täglich
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
 Sonntag 6 Uhr. Entree 50 Pf.
 Mittwoch, Sonnabend und Sonntag,
 Nachmittags 4 Uhr:
Kinder-Vorstellung.
 Schneewittchen und die sieben Zwerge.
 Entree: 1. Platz 50 Pf., 2. Platz 25 Pf.

Gratweil's Bierhallen
 Kommandantenstraße 77—79.
 Täglich:
**Bornssia-Konzert- und
 Komplet-Sänger.**
 Gastspiel des **Charles
 Randolf,** Bauberkünstler
 und Gedankener in la Cumberland.
 Wochentags frei. Sonntags Entree 30 Pf.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch,
 zwei Säle
 zu Versammlungen und Vergnügungen,
 sowie 6 Billards, 3 Kegeltischen.
F. Sadtke.

Gruppe 3 Baugewerbe!
Grosse öffentl. Versammlung
 sämtlicher Berufsgenossen, als da sind:
 Banarbeiter, Dachdecker, Brunnenmacher, Maler und
 Lackirer, Maurer u. Putzer, Steinmetzen, Stuckateure,
 Töpfer und Zimmerer
 am Sonntag, den 16. Oktober 1892, Vorm. 10 Uhr,
 im „Feen-Palast“, Burg- und St. Wolfgangstraßen-Ecke.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag über: Der Werth der Gewerbegerichte für die Arbeiter.
 2. Regelung der Agitation für die Gewerbegerichtswahlen. 3. Nominierung
 der von den Gewerkschaften bestimmten Beisitzer-Kandidaten.
 Genossen, der Wichtigkeit dieser Tagesordnung halber erwarren wir
 unbedingt, daß ihr Alle vollzählig erscheint. Die Versammlung wird Punkt
 10 1/2 Uhr eröffnet, da der Saal 1 1/2 Uhr leer sein muß.
 219/1
 Der Einberufer.

Gruppe IV Metall-Industrie.
Große öffentliche Versammlung
 aller in der Metall-Industrie beschäft. Arbeiter
 Berlins und Umgegend
 am Sonntag, den 16. Oktober, Vormittags 10 Uhr,
 in Brochnow's Salon, Sebastianstr. 39.
 Tagesordnung:
 1. Die endgiltige Nominierung von 41 Kandidaten zu den Gewerbegerichts-
 Wahlen. 2. Ausstellung von 10 Ersatzkandidaten. 3. Verschiedenes.
 Bei der wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches und pünktliches Er-
 scheinen notwendig. Zur Deckung der Unkosten findet Kellererhebung statt.
 232/1
 Der Vertrauensmann.

Verh. d. Musikinstrumenten-Arbeiter.
 Sonnabend, den 15. Oktober 1892, Abends 9 Uhr:
Mitglieder-Versammlung für den Norden
 im Lokale des Herrn Keller, Bergstraße 68.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Kollegen R. Schmidt über: Darwinismus und
 Sozialismus. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
 233/2
 Der Vorstand.

Berein der Militär-Schneider.
 Sonnabend, den 15. Oktober 1892, Abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
 in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstraße Nr. 20.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn Türk. 2. Diskussion. 3. Antrag des Kollegen
 Kroll. 4. Verschiedenes und Progelasten.
 Die Mitglieder werden ersucht recht zahlreich zu erscheinen.
 237/3
 Der Vorstand.

Ganz bedeutende Ersparnisse an Heizmaterial
 erzielt man durch Verwendung unserer Prelets!!

GLÜCKAUF

haben die höchste Heizkraft und übertreffen an Güte alle
 anderen Preßheine.
 1000 Stück ab Platz 6,25, frei Keller 7,50, frei Boden 7,75.
 Probepackete auf Verlangen franco und gratis.
 Bestellungen auch auf alle anderen Brennmaterialien erbitten
 wir nach unserem Bureau, Friedrichstr. 47, 1.
 „Glückauf“, Aktiengesellschaft f. Braunkohlen-Verwerthung.

Keine Sträflingsarbeit. Nur Schneiderarbeit.

„Zum Prophet“

Abtheilung I.		Abtheilung V.	
Winter-Paletots in		Sonst M. 21 b. u. v. 8 1/2 M. an	
Double mit Tuchfutter	sonst M. 20 b. u. v. 8 M. an	Herbst-Paletots	sonst M. 21 b. u. v. 8 1/2 M. an
Ia Double m. Rainfutter	24 „ 12 „	Herbst-Paletot, schwer	28 „ 13 „
Diagonal m. gestr. Serge	26 „ 13 „	Zuppen fürs Haus	10 „ 6 „
Belour mit Stofffutter	28 „ 14 „	Loden-Zuppen	12 „ 7 „
Düffel mit Stofffutter	30 „ 16 „	Gebirgs- u. Jagd-Zuppen	17 „ 11 „
Ratins mit Atlas	34 „ 18 „	Interims-Jaçon-Zuppen	22 „ 15 „
Ploconné mit Zanella	30 „ 16 „	Abtheilung VI.	
Preis mit Tuch	45 „ 23 „	Schlaröde in Double	sonst M. 18 b. u. v. 7 M. an
Montognac mit Seidenf.	50 „ 30 „	Schlaröde	Satin 20 „ 9 „
Rammingarn mit do.	56 „ 32 „	Schlaröde	Belour 22 „ 10 1/2 „
Prince of Wales Winter- Paletots exquisit.	80 „ 45 „	Schlaröde	Double face 26 „ 15 „
Abtheilung II.		Schlaröde	Preis Mout. 30 „ 20 „
Reife-Mäntel	sonst M. 24 b. u. v. 12 M. an	Schlaröde	Ploconné 34 „ 21 „
Kaiser-Paletots	20 „ 10 „	Schlaröde, Türkisch	sonst 45 „ 29 „
Altker m. halber Pelierine	32 „ 20 „	Abtheilung VIII.	
Altker m. ganzer Pelierine	40 „ 27 „	Ia. Knaben-Anzüge	sonst M. 4.—, b. u. v. 2 M. an
Kaiser-Mäntel	50 „ 27 „	in Cheviot	5,50 „ 3 „
Dohngollern-Mäntel	20 „ 12 „	in Satin	6.— „ 3 1/2 „
Aufschier-Mäntel, elegant, sonst 65 M., bei uns 25 M.	20 „ 12 „	in Nouveaut.	10.— „ 5 „
Abtheilung III.		Abtheilung VII.	
Complets Anzüge in		Ib. Bursch-Anzüge, sonst M. 9 b. u. v. 5 M. an	in Cheviot „ 10 „ 5 1/4 „
blau Cheviot	sonst M. 24 b. u. v. 8 M. an	in Diagonal „ 13 „ 7 „	Ic. Jünglings-Anzüge, sonst M. 15 b. u. v. M. 7 an
Sußkin	22 „ 9 „	Cheviot „ 19 „ 8 „	in Cheviot „ 19 „ 8 „
		Diagonal „ 20 „ 11 „	Diagonal „ 20 „ 11 „
		hochelegante „ 30 „ 18 „	hochelegante „ 30 „ 18 „
		Ila Knaben-Palet., sonst 6 1/2 M., b. u. v. 2 1/4 M. an	Ila Knaben-Palet., sonst 6 1/2 M., b. u. v. 2 1/4 M. an
		mit Büsch. „ 9 „ 4 1/2 „	mit Büsch. „ 9 „ 4 1/2 „
		mit Pelierine „ 11 „ 7 „	mit Pelierine „ 11 „ 7 „
		Schwaloffs „ 12 „ 8 „	Schwaloffs „ 12 „ 8 „
		Weise-Mäntel „ 6 „ 3 „	Weise-Mäntel „ 6 „ 3 „
		Kaiser-Mäntel „ 5 „ 2 1/2 „	Kaiser-Mäntel „ 5 „ 2 1/2 „
		Haute Nouveautés-Paletots zu jedem Preise.	
		Iib Bursch-Pal., Dr. Jac. sonst 12 M., b. u. v. 5 M. an	Iib Bursch-Pal., Dr. Jac. sonst 12 M., b. u. v. 5 M. an
		Bursch-Schw. m. Pel. „ 14 „ 7 „	Bursch-Schw. m. Pel. „ 14 „ 7 „
		Bursch-Menchikoffs „ 15 „ 9 „	Bursch-Menchikoffs „ 15 „ 9 „
		Bursch-Kaiser-Mit. „ 10 „ 4 1/2 „	Bursch-Kaiser-Mit. „ 10 „ 4 1/2 „
		Iic Jünglings-Paletots „ 15 „ 7 „	Iic Jünglings-Paletots „ 15 „ 7 „
		Jüngl.-Schw. m. Pel. „ 18 „ 11 „	Jüngl.-Schw. m. Pel. „ 18 „ 11 „
		Jüngl.-Menchikoffs „ 19 „ 12 „	Jüngl.-Menchikoffs „ 19 „ 12 „
		Jüngl.-Kaiser-Mit. „ 14 „ 8 „	Jüngl.-Kaiser-Mit. „ 14 „ 8 „
		Jüngl.-Kaiser-Mit. „ 12 „ 7 1/2 „	Jüngl.-Kaiser-Mit. „ 12 „ 7 1/2 „
		Jüngl.-Dohng.-Mit. „ 23 „ 20 „	Jüngl.-Dohng.-Mit. „ 23 „ 20 „

„Zum Prophet“

I. Etage, Am Dönhoffplatz, I. Etage,
 Ecke Leipziger- u. Kommandantenstraße.
 Versandt nach auswärts gegen Nachnahme.

Verantwortlicher Redakteur: August Enders in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW, Dönhoffstr. 2. Hierzu eine Beilage.

Von der Cholera.

Dem Kaiserlichen Gesundheitsamt vom 12. bis 13. Oktober, Mittags, gemeldete Cholera-Erkrankungs- und Todesfälle:

Staat und Bezirk	Ort	Datum:			
		9./10.	10./10.	11./10.	12./10.
Hamburg	Hamburg	erkrankt	gestorben	erkrankt	gestorben
		21	4	7	5
Preußen: Schleswig	Altona	erkrankt	gestorben	erkrankt	gestorben
		1	1	1	1

Vereinzelte Erkrankungen:
Regierungsbezirk Schleswig: in der Stadt Neudorf 1 Erkrankung.

Regierungsbezirk Potsdam: in der Stadt Schwabowalde 1 tödlich verlaufene Erkrankung.

Hamburg, 13. Oktober. Anlässlich werden 10 Cholera-Erkrankungen und 6 Todesfälle gemeldet; davon entfallen auf gestern 8 Erkrankungen und 6 Todesfälle. Die Transporte betragen gestern 10 Kranke und 1 Leiche.

Bremen, 13. Oktober. Die das hiesige Medizinalamt bekannt macht, hat die Section eines als Choleraverdächtig im Krankenhaus verstorbenen Einwohners als Todesursache eitrige Bauchfellentzündung ergeben; Cholera ist in diesem Falle gänzlich ausgeschlossen.

Eberswalde, 13. Oktober. In der hiesigen Land-Jugendanstalt erkrankte am 5. d. M. ein 69-jähriges geisteskrankes Fräulein Ditz und starb noch an demselben Abend. Die von dem Anstaltsarzt vorgenommene Obduktion ergab nur Hirnhautentzündung und keine Cholerasymptome. Zu letzteren führte auch nicht die von denselben Arzt vorgenommene bakteriologische Untersuchung. Am Montag traf jedoch von dem Reichs-Gesundheitsamt auf Grund der dort vorgenommenen Untersuchung die Nachricht ein, daß Cholera asiatica vorlag. Da die Jrenn-epidemie von Beginn des Ausbruchs der Epidemie an Vorbeugungsmaßnahmen gegen die Cholera getroffen hatte, erscheint eine Erklärung des Falles unmöglich. — Die Anstalt zählt 200 Kranke.

Pest, 12. Oktober. Von gestern Abend 8 Uhr bis heute Abend 6 Uhr sind hier 19 Personen an der Cholera erkrankt und 13 gestorben. Außerdem wurden in das hiesige Garnison-Hospital sieben unter choleraverdächtigen Anzeichen Erkrankte transportiert. Aus Szegedin ist kein weiterer Cholerafall gemeldet.

Amsterdam, 12. Oktober. In Gonda und Alfen am Rhein sind je zwei Cholera-Erkrankungen, in Duddhoorn und Nieuwenen je eine Erkrankung und in Rotterdam ein Todesfall vorgekommen.

Brüssel, 13. Oktober. Hier sind 2 Todesfälle an Cholera, in der Vorstadt Wolvenbeek 2 Todesfälle und 2 Erkrankungen, im Waldland im September 58 Todesfälle bei 808 Einwohnern und gestern 4 Todesfälle vorgekommen. In Quaregnon ist die Cholera im Anmarsch. Die Zahl der Cholerafälle ist nicht festgestellt. — Der oberste Gesundheitsrat theilt mit, daß seit dem 25. Juli d. J. bis zum heutigen Tage in ganz Belgien 1135 Cholerafälle und choleraverdächtige Fälle festgestellt wurden, von denen 504 tödlich verließen.

Rancy, 13. Oktober. In Houdreville wurden 17 Erkrankungen und 2 Todesfälle in 3 Tagen gemeldet.

Paris, 12. Oktober. Neuerdings sind hier fünf choleraverdächtige Todesfälle vorgekommen.

Petersburg, 13. Oktober. Nach Mittheilung eines Moskauer Lokalblattes hat das Militärgericht 4 Personen, welche in Chwalynsk bei dem Ausbruch der Cholera Gewaltthaten verübten, zum Tode, mehrere andere zu Zwangsarbeiten verurtheilt.

Parteinachrichten.

Delegirtenwahlen zum Parteitag. Chemnitz: Bruno J. J. (Fischer) und Otto Leander (Erfahrungmann Landtags-Abgeordneter Ditt).

In den Mainzer Stadtverordneten-Wahlen berichtet die „Mainzer Volkszeitung“, daß die dortigen Deutschfreisinnigen in ihrer Versammlung am 10. Oktober einstimmig beschlossen hätten, ihr Vorstand solle zwecks Aufstellung gemeinsamer Kandidaten mit der sozialdemokratischen Partei in Verhandlung treten. Die Deutschfreisinnigen hätten sich entschieden geweigert, dem Kartell der Ultramontanen, Sozialisten und Nationalliberalen beizutreten. Unsere Mainzer Genossen werden sich über ihr Verhalten demnächst schlüssig machen.

Von der Agitation. Die Landagitation im Umkreis von Stadlitz ist jetzt gut in Fluß. In den letzten Wochen wurden in Weiterstadt und Reichenhagen Versammlungen abgehalten und dabei auch Abonnenten für die „Deutsche Volksstimme“ gewonnen. Nächsten Sonntag geht's nach Griesheim.

Gegen jede Forderung des Militarismus sprach sich in Breslau eine Volksversammlung einstimmig aus, in welcher Genosse Kühn aus Langenbielau über die Themen „Militarismus und Ueberfluß“ und die neue Militärverfassung referirte. Die Versammlung nahm noch eine Resolution an, in welcher die Parteigenossen aufgefordert werden, zum Zwecke einer systematischen Vertreibung der Landagitation recht zahlreich an Versammlungen Theilzunehmen. Es seien möglichst Versammlungen auf den Dörfern selbst abzuhalten, damit bei den nächsten Reichstagswahlen der Landkreis Breslau sozialistisch wähle.

Militärvereine und preussisches Vereinswesen. In Gumburg wird sehr scharf darauf geachtet, daß Vereine, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, nicht mittheilbar in Verbindung treten, oder umgekehrt, daß Vereine, die sich untereinander verbinden pflegen, öffentliche Angelegenheiten nicht erörtern. Dem entgegen hat, wie wir in der „Volksstimme“ lesen, eine Versammlung des Beirathsvereins ehemaliger Kameraden am 25. und 26. Infanterie-Regiment beschlossen, eine Einigung an sämtliche Vorstände der Militärvereine zu richten, um in einer großen Versammlung geeignete Schritte nach der Richtung hin zu unternehmen, wie die jungen Reservisten den Sozialdemokraten zu entreißen seien. — Wenn die Magdeburger Genossenschaft das zuläßt, so darf sie auch Arbeitervereine

ungen nicht unter Anklage stellen, welche sich mit politischen Angelegenheiten beschäftigen und dabei untereinander in Verbindung treten. Gegen den Windmühlenspiegel-Kampf, den die Herren Militärvorsteher gegen die Sozialdemokraten betreiben, haben wir natürlich sonst in keiner Beziehung etwas einzubringen.

Staatsanwalt Nomen macht Schule. In Guben hat, wie der in Frankfurt a. O. erscheinenden „Märktischen Volksstimme“ mitgetheilt wurde, der Vorsitzende der Strafkammer in einer Verhandlung gegen den Parteigenossen Ernst Döring aus Fürstberg zwei Zeugen gefragt, ob sie Sozialdemokraten seien. Der eine beantwortete die Frage gar nicht, der andere bejahte dieselbe, worauf der Vorsitzende bemerkt haben soll: „Wie Sie auch als Sozialdemokrat den Eid nehmen, Sie müssen hier die Wahrheit sagen.“ Falls diese Mittheilung zutrifft, so haben wir im Anschluß an früher Gesagtes nur die einfache Frage zu stellen: Wann wird denn endlich von Seiten der oberen Justizbehörden Anweisung an die Richter ergehen, die Parteistellung wenigstens der Zeugen aus dem Spiel zu lassen?

Die Frage des Vorsitzenden der Suberen Strafkammer nach der Parteistellung der Zeugen ist in diesem Fall noch merkwürdiger als sonst gewesen, denn der Angeklagte war nur des verbotswidrigen Handelns mit erlaubten Druckschriften bezichtigt und wurde wegen dieses Deliktes zu 12 M. verurtheilt. Begangen hat er jene That dadurch, daß er zwei Kollegen auf vorherige Bestellung je eine rothe Märznummer der „Berliner Volks-Tribüne“ besorgte.

Vertrauter Verleumder. Das in Waldenburgi. Schl. erscheinende gegenrätliche Blättchen: „Der Feierabend des Arbeiters“, hatte eine „Bescheidene Anfrage“ gebracht, in welcher die schäfstige Lüge enthalten war, die Delegirten zum Pariser Arbeiterkongress hätten ein Schandblat ausgefacht und die Helben unserer Partei brächten die Arbeiterkongress in den Tempeln der Unzucht durch. Der zum Pariser Kongress delegirte Genosse Schütz stellte gegen den Redakteur jenes Blättchens, einen Herrn Koedener, Strafantrag. Daraus wurde der letztere vom Schöffengericht zu 50 M. Geldstrafe event. 5 Tagen Haft, Tragung sämtlicher Kosten und Publikation des Urtheils im „Feierabend“ verurtheilt. Der Vorsitzende des Gerichtshofs erklärte bei der Begründung des Urtheils, es habe auf die hohe Strafe deshalb erkannt werden müssen, weil das Gericht von dem Grundlag ausgehe: Gleiches Recht für Alle, und der Verklagte schwere Beschuldigungen in seiner Zeitung veröffentlicht habe, ohne den Beweis der Wahrheit führen zu können.

Staatskassierei in Sachsen. In Sachsen sind vielfach von den Arbeitern Produktvertheilungs-Vereine gegründet worden, welche lediglich den Zweck haben, ihren Mitgliedern, die mit Rücksicht auf das stetige Sinken der Löhne jeden Vortheil wahrnehmen müssen, den billigen Einkauf von Lebensmitteln u. s. w. zu ermöglichen. Kürzlich wurde in Riederdorf ein solcher Produktvertheilungs-Verein gegründet, dem nicht allein Parteigenossen, sondern auch Militärvorsteher-Mitglieder beitraten. Dem dortigen Militärvorsteher bangte aber um den Staat, und er sandte an einen Beigeordneten folgenden Brief:

Herr Kamerad! Hierdurch werden Sie aufgefordert, unverzüglich und spätestens bis 1. Oktober, Nachmittags 6 Uhr, dem unterzeichneten Vorsteher des Militärvereins zu erklären, ob Sie sich bei dem hiesigen Produktvertheilungs-Verein als Mitglied wollen einschreiben lassen oder nicht. Falls nicht, werden Sie als Mitglied des Militärvereins ohne weiteres und sofort getrieben, indem es den Mitgliedern des Militärvereins behördlicherseits verboten wird.

Niederdorf, den 30. September 1892.
Der Vorstand des Militärvereins.

Der sozialdemokratische Kreisstag für Duisburg-Mülheim-Ruhrort, welcher am 2. Oktober in Duisburg tagte und von Parteigenossen aus Duisburg, Mülheim, Oberhausen und Heinen besucht war, erkannte in Riederdorf, „Volks-Tribüne“ als Parteiorgan für den Kreis an und sah von der Entsendung eines Delegirten zum Parteitag einstimmig mit Rücksicht auf die ungenügenden Erwerbsverhältnisse der Arbeiterbevölkerung des Kreises, andererseits deshalb ab, weil die jährliche Abhaltung der Parteitage nicht mehr nötig sei. Der Beschluß, wonach nur alle zwei Jahre ein deutscher Parteitag abgehalten werden soll, wurde jedoch nur mit knapper Mehrheit gefaßt. Um eine intensivere Agitation zu schaffen, bestimmte der Kreisstag noch, daß in jedem Orte, wo Genossen sind, zwei derselben als Agitationskomitee zu fungiren haben. Von der Wiederwahl einer Pressekommision sah man ab, weil deren Geschäfte von den Genossen jedes Ortes des Uebersiebes zu ausgedehnten Kreises besser besorgt werden könnten.

An der Reichstags-Ergebniswahl in Stuhm-Marienwerder werden sich auch die Sozialdemokraten durch Aufstellung eines Kandidaten betheiligen. Als solcher ist der Maler Franz Riesop aus Berlin in Aussicht genommen. Bei der 1890er Wahl wurden für unsere Partei in jenem Wahlkreise 237 Stimmen abgegeben.

Eine Sammlung für die Rothleidenden Hamburgs veranstalten die vereinigten Gewerkschaften Kaiserlauterns.

Aufruf an die Turnvereine und turnenden Genossen der Provinzen Brandenburg und Schlesien. Vom Komitee zur Gründung eines „Deutschen Arbeiter-Turnerbundes“ ist dem Unterzeichneten die Agitation für die genannten Provinzen übertragen worden; Turnvereine und turnende Genossen, die diesem Bund beizutreten gedenken, wollen sich um nähere Auskunft an mich wenden.
Gustav Blise,
Ludenwalde, Frankensstraße 20.

Lokales.
Ein Lob von sehr zweifelhafter Berechtigung erhalten die Schulbehörden Berlins im letzten, kürzlich veröffentlichten Jahresberichte des Gewerbeinspektors für Berlin und Charlottenburg. In dem Berichte wird nämlich gesagt, daß die Kinderarbeit in diesem Bezirke keine große Ausdehnung habe, was zum Theil der strengen Aufsicht der städtischen Schulbehörden zu danken ist, da die Kinder der regelmäßigen Schulbesuch angehalten und Nachfragen veranlaßt werden, sobald Unregelmäßigkeiten eintreten. Das ist aber ganz einfach so vorgeschrieben und was den Berliner Schulbehörden zu besonderem Lobe anzurechnen wird, geschieht auch auf dem kleinsten Dorfe; übrigens thut das die Lehrer, was der Bericht den Schulbehörden zuschreibt. Nach der gesetzlichen Lage der Dinge kann es sich doch nur darum handeln, ob die Kinder außerhalb der Schulzeit Erwerbsarbeiten verrichten müssen. Nach unseren Beob-

achtungen, die sich auf eine Reihe von Städten erstrecken, werden Kinder nirgends so stark zu Lohnarbeiten herangezogen wie gerade in Berlin. Wie viele tragen Zeitungen aus! Viele stehen Buchhändlern, Kaufleuten, Fabrikanten den ganzen Nachmittag, etwa für wöchentlich 3 Mark, zu Botengängen, Ausstragungen u. s. w. zur Verfügung. Wie viele Kinderchen betreiben als selbständige Unternehmer einen Gewerbebetrieb im Umherziehen Tags und Nachts. Der Fabrikinspektor lobt die Schulbehörden. In Wirklichkeit gehört es sich, daß die Schulbehörden die Fabrikanten scharf tadeln, die durch Ausnutzung der Kinder das Lernen derselben in Haus und Schule stark hemmen.

Genossen des 1. Wahlkreises unternahmen am letzten Sonntag eine Agitationstour nach dem ihnen von der Agitationskommission der Provinz Brandenburg zugetheilten Distrikt. Die ohne öffentliche Reklame in aller Frühe in starker Zahl vertretene Genossen vereinigte sich zu 4 Haupttrupps, von denen zwei einige Stationen weiter zu fahren hatten. Im Wesentlichen wurde die gestellte Aufgabe erleichtert durch die uns mit ihrer Ortskenntnis unterstützenden Genossen der in Aussicht genommenen Ortschaften. Neben anderen Parteischriften gelangte das von der Agitationskommission ausgearbeitete, allgemein gehaltene Flugblatt zur Vertheilung, welches allseitig freundliche und dankbare Entgegennahme fand. Abgesehen davon, daß ein Fortier durch Experimentiren mit seinem Gewehr eine Kolonne beim Vertheilen zu sprengen versuchte, welchem Beginnen seitens der Genossen nur mit Lächeln begegnet wurde, konnte ungehindert die empfangene Thätigkeit entfaltet werden.

Der Boden der Provinz ist für unsere Propaganda durchweg geeignet. Neben wenigen, deren kleines Besitzthum schwer mit Hypotheken belastet ist, taufen wir viele in außerordentlich traurigen Verhältnissen. Ein Beispiel „kapitalistischer Musterwirtschaft“ möge genügen: In einer Ziegelei erhalten Männer 1—1,10 M., Frauen 50—60 Pf. pro Tag, bei einer Arbeitszeit von früh 5 bis Abends 7 Uhr, mit Unterbrechung von einer einzigen halbhändigen Mittagspause, während welcher die Räume gereinigt und „Betten“ gemacht werden müssen. Lohnauszahlung alle 14 Tage. (Kinder bekommen 20 Pf. pro Tag.) Alle Lebensmittel müssen vom Inspektor gekauft werden (auch eine Art Truchsystem). Eigenartig nehmen sich rigorose Bestimmungen dieses sogenannten Hausreglements aus, wenn man bedenkt, daß dieses „Haus“ ein fensterloser Bretterschuppen ist, nur mit Luftlöchern versehen. „Betten“ sind rohe Holzboxen mit Strohsack, auf welchen die Arbeiter in ihren Kleidern schlafen, und im Sommer weder vor intensiver Hitze, noch im Winter vor empfindlicher Kälte geschützt sind.

Nachdem sämtliche Theilnehmer aller Kolonnen in dem vorher dazu verabredeten Lokale zusammengetroffen waren, zogen sie, von den Genossen des letzten Orts begleitet, zur Bahn, in heiterer Stimmung die Rückfahrt nach Berlin antretend, wo alle wohlhalten nach 8 Uhr wieder anlangten.

Im „Etablissement Ronacher“ drängen sich die sozialen Gegenfälle räumlich so eng zusammen, wie kaum irgendwo anders. Wir wollen nicht davon sprechen, wie elend die Erzeuger all des Komforts und des Luxus für die das Etablissement besuchende Lebewelt dastehen, und wie viel Thränen und Kummer wohl in die Teppiche hineingewaschen sein mögen, die durch das ganze Haus den Schritt so „vornehm geräuschlos verhallen“ machen. Nur einige tatsächliche Angaben über das Verhältnis zwischen den Herren Ronacher und ihren Kellnern sollen hier gemacht werden. Für das Etablissement waren zuerst 30 Revierkellner engagirt worden. Nach 10 Tagen aber nahmen die Herren Ronacher 8 Jahrkellner an, die je 1000 M. Kautions stellen mußten. Die als Revierkellner engagirten Leute hatten nun die Wahl, entweder dem Jahrkellner als Schleppe zu dienen oder aus dem Arbeitsverhältnis auszutreten. Sie thaten sämmtlich das letztere. Für die zeitsparende Arbeit erhielt jeder von ihnen sechs Mark Entschädigung. Weshalb aber führten die Herren das Jahrkellner-System ein? Nun, jeder der acht Jahrkellner hat den Herren Ronacher 4 Pct. der Tageseinnahme zu zahlen, die für jeden in Durchschnitt an Wochentagen 300 M. ausmacht. Das Jahrkellner-System ist also einträglich. Welche Ironie liegt doch gegenüber einem solchen tatsächlichen Verhältnis in den Bezeichnungen „Arbeitgeber“, „Brotgeber“!

Das Moabitier Untersuchungsgefängniß ist gegenwärtig wieder einmal überfüllt. Die Richter haben schon ersucht werden müssen, die Verhängung der Untersuchungshaft nur auf die wirklich notwendigsten Fälle zu beschränken. Diese Verfügung hat denn auch zur Folge gehabt, daß etwa 50 Untersuchungsgefängnisse auf freien Fuß gesetzt worden sind. Daraus geht hervor, daß diese 50 Personen in Haft gehalten worden sind, ohne daß hierzu eine unbedingt notwendige Veranlassung vorgelegen hat. Die Fälle, daß ein Angeklagter zu einer geringeren Strafe verurtheilt wird, als er durch die monatelange Untersuchungshaft schon verbüßt hat, kommen im Reich fast alle Tage vor, ganz abgesehen von den gänglichen Freisprechungen von Angeklagten, die lange, sehr lange Zeit in Haft sitzen mußten. Es geht aus alle dem hervor, daß die Staatsanwaltschaft mit dem Verhängen der Untersuchungshaft sehr schnell bei der Hand ist, schneller als das wirklich angezeigt erscheint. Die Beschwermittel, über welche der in Untersuchungshaft Befindliche verfügt, sind selten von Erfolg gekrönt, das vom Staatsanwalt zusammengetragene, aber durch nichts erwiesene Material wiegt gewöhnlich so schwer, daß die Beschwerte als unbegründet zurückgewiesen wird. Zur Zeit des famosen Sozialistengesetzes sind Genossen in Haft genommen worden, ehe noch die schweren „Strafthaten“ auch nur rubrizirt sein konnten. Diese schöne Zeit ist nun zwar hant vorbei, aber die Allmacht des Staatsanwaltes ist dieselbe.

In Moabit drängen sich also schon jetzt Mangel an Unterfaß, obgleich der Winter noch gar nicht begonnen hat, der erfahrungsgemäß stets eine starke Ueberfüllung der Gefängnisse bringt. Anfang der Woche zählte das Untersuchungsgefängniß 1212 Insassen, Bismarck mit Rummelsburg deren 2100, — das sind allein ca. 4300 Menschen, die in Berlin hinter schwedischen Gardinen ihr Leben zubringen müssen. In der Stadtvoigtei ist's etwas leetzer, dort brummen vorgestern nur 890 Personen und in der Füllale in der Verlebergerstraße nur 180. Sobald sich für die dort Insassirten irgend welche Arbeit bietet, dann sehen die vielgeschmähten „arbeitscheuen Subjekte“, daß sie in Freiheit gesetzt werden, um sich den Verdienst mitzunehmen. Zum Unglückstermine verdienen Träger und Ausläder stets einige Groschen Geld und deshalb weiß die Stadtvoigtei zu den Unzulänglichkeiten regelmäßig wenig Insassen auf. Auf die Dauer hält aber das Unglücksgeld nicht vor, und da sich trotz des Mangel's andere Arbeit absofort nicht finden läßt, so wird wieder nach dem letzten Rettungsanker gegriffen: man wandert wieder von der Stadtvoigtei. Das Weibergefängniß in der Barnimschraße beherbergte 454 weibliche Gefangene und — 3 Kinder. Was die letzteren verbrochen haben, wissen wir nicht, wahrscheinlich müssen sie unter der Schuld ihrer Mütter leiden. Eine andere Unterfaß sind die armen Wärter nicht, also müssen sie dort gehärtet werden und dort schlafen, wo sich ihre Mütter gerade befinden. Eine Idylle aus dem Kinderleben im christlichen Staat!

Und dem Krankenhaus Moabit liegen wiederum recht günstige Nachrichten vor. Eingeliefert wurde im Laufe der letzten 24 Stunden nur eine Person als Choleraverdächtig; entlassen wurden in dieser Zeit aus Moabit 6 Personen, darunter zwei Korrigenden des Kammeldburger Arbeitshauses, sowie die an Cholera nostras erkrankte gewesene Wäscherin Frieda Grünapfel, welche sich auffallend schnell erholt hat. Der Bestand im Krankenhaus Moabit beträgt 29 Personen.

Gegen die falschen Konkursmassen-Andverkäufe scheinen die Behörden nunmehr endlich vorgehen zu wollen. Die Polizeiverwaltung einer Nachbarstadt erläßt folgende Bekanntmachung: Wiederholt hat in den hiesigen Lokalblättern eine Annonce des Inhalts geblieben, daß die zur Konkursmasse von Schlessinger u. Sohn gehörigen Schuhwaren zu Lappreisen anderverkauft werden. Das Publikum wird darauf aufmerksam gemacht, daß es hierbei auf eine Täuschung abgesehen ist und es sich um den Andverkauf eines Konkursmassenlagers nicht mehr handelt, da der frühere Verwalter bereits vor 6 Wochen das Geschäft der in Konkurs gerathenen Firma Schlessinger u. Sohn käuflich erworben hat und dasselbe nunmehr auf eigene Rechnung weiter betreibt.

Unzufriedenheit mit Feuerwehrgeldern wird jetzt wieder fast jede Nacht verübt. Auch jetzt ist es der Norden der Stadt, in dem die Unholde, die die nötige Nachtruppe der Feuerwehr in so fesselhafter Weise hören, ihr Wesen treiben.

Gefallene Größen. Kommerzienrat Wolff, der die ihm auferlegte 10jährige Gefängnisstrafe bekanntlich in Pläsensee verbüßt, befindet sich dort auf der Lazareth-Station in trestlosem Zustande. Er ist körperlich so herabgekommen, daß er die Strafe sicher nicht überleben wird. Die Frage, ob durch die weitere Haft nicht wieder gützumachende Gefahr für Leben und Gesundheit des Inhaftierten vorhanden ist, dürfte schon in nächster Zeit die Gefängnisärzte beschäftigen und zweifellos dann bejaht werden, in welchem Falle die Haftentlassung erfolgen würde. Der Bankier Maas aus Charlottenburg verbüßt die ihm auferlegte sechsjährige Gefängnisstrafe in Einzelhaft, und zwar in einem der Gefängnisflügel, in welchem die Gefangenen in Einzelzellen beschäftigt werden und wohnen, aber während der Freistunden gemeinschaftlich bezw. stationsweise gehen und sich auch mit den Mitgefangenen unterhalten dürfen. Maas wird als Strampfschneider und Stopfer beschäftigt, eine Beschäftigung, die meist solchen Gefangenen zuteil wird, die wegen Ungeschicklichkeit zu nichts anderem zu gebrauchen sind.

Zum Morde auf dem Spandauer Berg können wir jetzt mitteilen, daß der Verhaftete der 22 Jahre alte Böttcher Bruno Schulz ist, der vor kurzem aus der Hebräerstraße 18 nach dem Hause Weinbergweg 11b verzoogen ist. Schulz ist verheiratet mit einer Tochter des in demselben Hause als Bismarck angelegten Damenschneiders Heinrich Schulz, der auch zugleich sein Onkel ist. Die sechsjährige Ehe ist bisher kinderlos geblieben. In dem Hause Weinbergweg 11b wird Schulz das beste Jengut ausgekleidet; er wird als ein Mann geschildert, der mit peinlicher Gewissenhaftigkeit seinen Wochenverdienst von 25 M. an seine Ehefrau abgibt. Eine in seiner Wohnung vorgenommene Hausdurchsuchung hat Anhaltspunkte zu seiner Ueberführung nicht ergeben. Trotz dieser für den Verhafteten günstigen Ergebnisse sollen die Beweismittel, die die Behörde gegen ihn zusammenträgt, schwer belastend sein. Es ist nämlich festgestellt worden, daß Schulz, der, wie schon mitgeteilt, Dirnen gewohnheitsmäßig beraubt haben soll, diese stets vor der That in eine hier nicht näher zu beschreibende Lage gebracht hat. Die Leiche der Lowinska ließ bei ihrer Auffindung darauf schließen, daß mit ihr vor der That in gleicher Weise verfahren worden ist. Zur Entlastung des festgenommenen versuchen sowohl die Angehörigen, die an eine Schuld nicht glauben, als auch Schulz selbst einen Alibi-beweis zu erbringen, indem sie behaupten, der letztere habe sich im Kreise von Verwandten an dem fraglichen Abend in dem Schanklokal von K. in Berlin aufgehalten. Dieser Beweis ist bis jetzt als mißlungen zu betrachten. Schulz ist derjenige von den beiden gesuchten Personen, der in der Bekanntmachung des Staatsanwalts Lademann als mit einer auffallend kurzen, breitgedrückten Nase versehen bezeichnet wurde. Schulz, der fortgesetzt leugnet, ist gestern Nachmittag um 5 1/2 Uhr von Charlottenburg durch zwei Begleiter dem Untersuchungsgefängnis in Moabit zugeführt worden. Er sah ungescheit in einer Droschke, zeigte äußerlich nicht das geringste Zeichen von Aufregung und gab auch in dem Bureau über seine persönlichen Verhältnisse ruhig und deutlich Auskunft.

Von einem weiteren Berichterstatter wird uns noch geschrieben:

Zur Ueberführung des verhafteten Böttchers Bruno Schulz ist inzwischen weiteres Belastungsmaterial zusammengetragen worden. Der mutmaßliche Mörder der Lowinska hat die Beraubung von Dirnen systematisch betrieben. Außerdem tritt in seinem Borgehen gegen die Opfer eine von ebenso großer Rohheit wie Ueberlegung zeugende Eigenart zu Tage, so daß wir aus diesem Grunde den etwas schlaftrigen Boden nicht völlig umgehen können, um überhaupt ein verständliches Bild zu liefern. Das ganze Sittendrama, das sich bei der Gerichtsverhandlung zum Theil wohl hinter verschlossenen Thüren entrollen wird, zählt zu den handelnden Personen nur Angehörige einer gewissen Gesellschaftsklasse. Hierzu hatte der Böttcher Schulz seinen Plan geformt und, wie der Erfolg gelehrt hat, auch richtig gerechnet. Er zog die Frauenspersonen dadurch an sich, daß er ihnen bei der nach Schluß seiner Arbeitszeit wie durch Zufall gemachten Bekanntschaft gleich Geldgeschenke machte und sie dadurch willfährig machte, ihm nach entlegenen Stellen zu folgen. Hatte er so seinen Zweck erreicht und war er vor Ueberführung sicher, dann wartete er die Mäskel ab, forderte nicht bloß das gegebene Geld zurück, sondern nahm mit Gewalt die ganze Baarsumme. Bei etwaigen Weigerungen gelangte er durch Bückversuche am Halse zum Ziel. Wenn von allen solchen Ueberfällen nur ein einziger Fall zur Anzeige gebracht worden ist, so findet dies in der That seine Erklärung, daß Dirnen gegen sie begangene strafbare Handlungen höchst selten den Behörden zu unterbreiten pflegen, weil sie einerseits die Nachsicht der Thäter fürchten, andererseits aber auch die Strafbehörden auf ihr eigenes Treiben aufmerksam machen. Hiernach dürfte auch die Zahl der Opfer eine weit größere sein, als durch die polizeilichen Nachforschungen festgestellt worden ist. In einem Falle hat Schulz seinem Verhaben dadurch Nachdruck verliehen, daß er am Kirchhofe in Westend sein Opfer durch einen Faustschlag niederknüppelte. Die gegen die unverehelichte Franziska Lowinska verübte That muß auf ähnliche Anfänge zurückgeführt werden; denn die Leiche zeigte am Halse gleichfalls Spuren stattgehabter Bückversuche. Ob hiernach dem Verhafteten die Abficht des Mordes, der Verfaß und Ueberlegung zur Tödtung innewohnt, erscheint zweifelhaft. Das Taschentuch scheint er der Lowinska lediglich aus dem Grunde in den Mund gestopft zu haben, um sie am Schreien zu verhindern. Die Stiche in den Unterleib dürften erst nach dem Tode geführt worden sein, um den falschen Mordenden zu erwecken, daß ein Lustmord vorliege.

Strafensperrungen. Der Polizeipräsident macht bekannt, daß die Friedrich-Wilhelmstraße, von der Hausgrenze Nr. 11/12 bis zur Hertulestraße, und die Corneliustrasse, von der Hausgrenze Nr. 2/3 bis zur Friedrich-Wilhelmstraße, behufs Impfsperre bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt werden. Ebenso wird die Poststraße, zwischen Mollnmarkt beziehungsweise Mühlenstamm und der Einfahrt zum Mühlenweg, behufs Ausführung der Animpfung vom Montag, den 17. d. M., ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. Weiter wird die Wallnertheaterstraße, von der Kaupachstraße bis zur Ruckelstraße, und die Feldstraße, von der Gartenstraße bis zur Ackerstraße, behufs Impfsperre bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Polizeibericht. Am 12. d. M., Nachmittags, wurde gegenüber dem Grundstück Höllesches Ufer 35 ein Arbeiter durch einen beladenden Kohlenwagen überfahren und am Fuße so schwer verletzt, daß er nach der Charité gebracht werden mußte. — In der Jundalidenstraße, vor dem Hamburger Bahnhof, wurde ein Kellner mit Verletzungen am Knie und im Gesicht aufgefunden und nach der Universitätsklinik gebracht. Er ist angeblich überfahren worden. — An der Ecke der Burg- und Königstraße geriet eine Frau unter die Räder einer Droschke und erlitt so bedeutende Verletzungen am Rücken, daß ihre Ueberführung nach der Charité erforderlich wurde. — In der Kammfabrik von Blühdorn, Kantstraße 4/5, wurde Abends der Arbeiter Preuß von einer im Gange befindlichen Transmissionswelle erfaßt, mehrmals gegen die Welle geschleudert und so schwer verletzt, daß der Tod sofort eintrat. — Am 13. d. M., Morgens, wurde auf dem Gelsen am Bahnhof Zentral-Bahnhof die Leiche eines unbekanntes, etwa 35-jährigen Mannes aufgefunden, der anscheinend in der Nacht durch einen Zug überfahren ist. — Am 12. d. M. und in der darauffolgenden Nacht fanden vier Brände statt.

Gerichts-Beifung.

Das Aufhissen einer roten Fahne als grober Unzuf. Der Tischlergeselle Robert Jenner hat von der Stadtbehörde vor dem Landberger Thore Kartoffelfeld gepachtet und, wie die übrigen Pächter, eine Laube auf demselben angebracht. Unter den Pächtern ist es üblich, ihre Anwesenheit auf dem Pachtland durch Aufhissen einer Fahne auf ihren Lauben zu erkennen zu geben. Bis Mitte Juni er. besah Jenner zu diesem Zweck eine Fahne mit den deutschen Farben. Da dieselbe aber fast vollständig zerlegt war, ergänzte er sie durch eine blutrote Fahne, in welcher die Worte „Einigkeit macht stark“ in weißer Schrift eingestickt waren. Am Abend des 28. August dieses Jahres kam ein Schuhmann nach der Laubstadt vor dem Landberger Thore, und er sah, wie der Tischlergeselle Wilhelm Bier, ein Freund des Jenner, die fragliche rote Fahne auf dessen Laube aufhiss. Durch Nachfragen erfuhr der Beamte, daß die Fahne auch am Tage vorher aufgehisselt war. In der Annahme, daß mit dieser Aufhissung eine sozialdemokratische Demonstration beabsichtigt war, konfiszierte der Beamte die rote Fahne und veranlaßte durch seine Anzeige, daß Bier und Jenner durch amtlicher Strafwand wegen groben Unzufs zu je 30 M. event. je 10 Tagen Haft verurteilt wurden. Hiernach legten beide Einspruch ein, und so gelangte diese Fahnenangelegenheit zur Kenntniß der 161. Abteilung des Berliner Schöffengerichts. Jenner wurde mangels Beweises freigesprochen, Bier hingegen wegen groben Unzufs zu 10 M. event. 3 Tagen Haft verurteilt. Es wurde angenommen, daß mit der Aufhissung eine politische Demonstration beabsichtigt war, welche ihrerseits geeignet ist, Verunreinigung hervorzurufen — und das Vaterland ist gereizt.

In der Strafsache gegen den Spekulant Hugo Löwy ist gegen das Urtheil der 4. Strafkammer sowohl vom Staatsanwalt, als auch von Seiten der Vertheidigung das Rechtsmittel der Revision eingelegt worden.

Der Prozeß Heinze will, trotzdem die Revision der beiden Angeklagten vom Reichsgericht verworfen wurde, noch immer nicht zur Ruhe kommen. Dem Vernehmen nach hat Frau Heinze, welche noch immer im hiesigen Untersuchungsgefängnis weilt, neuerdings ihren Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. C. S. M. von den bei der Ermordung des Reichstagspräsidenten Braun stehenden Doktrinen eine Sachdarstellung gegeben, welche von den bisherigen Ermittlungen wesentlich abweicht. Da Frau Heinze bestimmte Namen von Personen nennt, welche angeblich die That verübt haben sollen, so werden sich weitere Erhebungen nach dieser Richtung hin kaum umgehen lassen. Ob diese neueren Behauptungen bei näherer Prüfung bestehen oder gar Veranlassung zu einem Antrage auf Wiederaufnahme des Verfahrens geben werden, wird die Zukunft lehren.

Das Schwurgericht des Landgerichts I. hatte sich gestern mit einer Verhandlung zu beschäftigen, welche eine besondere Anziehungskraft auf die Bauhandwerker ausübte. Aus der Untersuchungsgefängnis wurde der ehemalige Vorsitzende der Verein der Bauhandwerker, Heinrich Schellenberger, vorgeführt, welcher der vorsätzlichen Brandstiftung beschuldigt war. Die Bureau des Vereins befanden sich nebst den Wohnräumen des Angeklagten im Hause Weinmeisterstraße 9. Die Arbeitsräume bestanden aus zwei aneinanderschließenden Zimmern. In dem größeren, welches zur Aufbereitung des Publikums diente, befanden sich hinter dem das Zimmer theilenden Labentisch vier Pulte, an denen das Personal arbeitete. Das Nebenzimmer diente dem Angeklagten als Arbeitsraum. Seine Hauptbeschäftigung bestand in der redaktionellen Leitung der vom Vereine herausgegebenen Fachzeitung, außerdem lag die Kassenführung in seinen Händen. In letzterer Beziehung soll der Angeklagte schwere Unregelmäßigkeiten begangen und um diese zu verdecken, zur Brandstiftung gegriffen haben. In der Nacht vom 27. Mai, gegen 3 Uhr, wurde die Feuerwehr nach dem Hause Weinmeisterstraße 9 gerufen. Es brannte in dem größeren Arbeitszimmer des Vereins. Das Feuer wurde leicht gelöscht. Auffallend war es, daß sich in dem Zimmer vier Brandstellen befanden, die untereinander in gar keinem Zusammenhang standen. Eins der Pulte war vollständig verbrannt, die übrigen waren nur angekokelt. An verschiedenen Stellen lagen größere Haufen von Zeitungspapier, da dieselben aber fest zusammengepreßt waren, so hatte das Feuer die Pulte nur an den Ecken verkokelt. Sowohl die Feuerwehr wie die Polizei gelangten sofort zu der Ansicht, daß hier böswillige Brandstiftung vorlag. Die Staatsanwaltschaft hatte eine Menge Belastungsmaterial zusammengetragen, welches dafür sprach, daß der Angeklagte der Thäter war. Während alle übrigen Geschäftsbücher unverändert geblieben waren, erklärte der Angeklagte auf Befragen, daß das Kassenbuch, — das einzige Buch, welches vom Angeklagten geführt wurde und wodurch Aufschluß über die Kassenverhältnisse gewonnen werden konnte — vollständig verbrannt war. Am Tage vor dem Brande hatte der Angeklagte eine Revision seitens des Ausschusses der 4000 M. fortwährend in Geldverlegenheiten befunden haben. Er soll Gelder, die von den Mitgliedern eingeholt wurden, für sich, und andere Summen, die ihm anvertraut wurden, nicht zu dem Zwecke, zu dem sie bestimmt waren, verwendet haben. Die Anklage lautete daher auch auf Unterschlagung und Untreue. Der Angeklagte bestritt sämtliche Strafthaten und vertheidigte sich mit großer Gewandtheit. Nachdem er am Abende des 26. Mai nach Hause gekommen sei, habe er sich noch in sein Bureau begeben, um etwas zu arbeiten. Er habe dabei eine Lampe gebrannt und eine Zigarre geraucht. Nach etwa einer halben Stunde sei er nebst seiner Familie durch den Rauch aufgeweckt worden, bald darauf sei auch die Feuerwehr gekommen. Eine Erklärung, wie der Brand entstanden sei, könne er nicht angeben, er müsse denn mit der Lampe oder der Zigarre unvorsichtig umgegangen sein, wovon ihm aber nichts bewußt sei. Die Thatfache, daß überall auf dem Boden Papier umhergelegen, könne gegen ihn nicht sprechen, denn er habe, wie viele Redakteure, die Angewohnheit, alle Zeitungen nach der Benutzung, sowie alle Briefumschläge und verlorene Schriftstücke einfach auf den Fußboden zu werfen. In betref der ihm zur Last gelegten Unethischkeiten behauptete der Angeklagte,

daß er sich für den Verein förmlich aufgeopfert habe. Er sei 6 Monate vor dem Brande habe er den Ausschuss begehrt, ihn von der Kassenführung zu entbinden, da er von seinen anderen Geschäften vollumfänglich in Anspruch genommen sei. Er sei jederzeit in der Lage gewesen, abzurechnen. Wenn er vielleicht nicht ganz ordnungsmäßig verfahren sei, so sei er dabei doch von dem Vorstand geleitet gewesen, die Interessen des Vereins wahrzunehmen. — Die Beweisaufnahme war eine sehr umfangreiche. Staatsanwalt Großpietsch gewann daraus die Ueberzeugung, daß der Angeklagte in allen Punkten als überführt zu erachten sei. Er bat die Geschworenen, alle Fragen zum Nachtheile des Angeklagten zu bejahen und denselben auch mildere Umstände zu verzeihen.

Der Wahrspruch der Geschworenen lautete auf Schuldig der Untreue und Unterschlagung unter Ausschluß von milderen Umständen, auf Nichtschuld der Brandstiftung.

Der Staatsanwalt beantragte darauf eine Gefängnisstrafe von einem Jahre und 200 M. Geldstrafe eventuell noch 40 Tage Gefängnis.

Das Urtheil lautete auf acht Monate Gefängnis, wovon vier Monate durch die erlittene Untersuchungshaft abgerechnet wurden.

Ueber die Frage, wie in Miethsverträgen die Frist bei der Kündigungsklausel drei Monate vor Ablauf des Vertrags zu berechnen ist, scheinen die Gerichte selbst noch sehr verschiedener Meinung zu sein. Die 14. Zivilkammer des Reichsgerichts I hatte kürzlich angenommen, daß ein am 1. Oktober auf 1 Jahr geschlossener Miethvertrag nicht schon mit dem Ablauf des nächsten 30. September, sondern erst mit dem Ende des 1. Oktober nächsten Jahres zu Ende geht. Diese Ansicht ist jetzt von der 14. Zivilkammer in anderer Zusammenfassung nicht mehr erhalten worden. In dem vor dem R. f. Reichsgericht, vom öffentlichen Erkenntniß heißt es u. A.: Es kann gar nicht zweifelhaft sein, daß im Miethvertrag, dessen Beginn am 1. Januar festgesetzt ist und der vereinbarter Miethen ein Jahr dauern soll, mit dem Ablauf des 31. Dezember sein Ende erreicht hat. Denn nimmt man sein Ende erst mit dem nächsten 1. Januar an, so ist die tatsächliche Dauer des Vertrags nicht 1 Jahr, sondern 1 Jahr und 1 Tag. Ganz ebenso liegt es natürlich, wenn ein Miethvertrag am 1. April auf ein Jahr geschlossen ist. Die Ausdrucksweise vom 1. April 1891 bis 1. April 1892 also auf ein Jahr, die ungewöhnlich ergibt, daß nur ein einjähriger Zeitraum gemeint sein sollte, beruht auf einer weitverbreiteten sprachlichen Ungenauigkeit, die aber die rechtliche Bedeutung des vertragsmäßig Vereinbarten nicht zu erschüttern vermag. Ist aber der Vertrag am 1. April 1891 beendet abgelaufen, so ist auch die dem Bestagten am 1. Januar 1892 zugegangene Kündigung verspätet, da sie 6 Monate vor Ablauf des Vertrages zu erfolgen hatte.

Zur Verhandlung in der Strafsache gegen den Rechtsanwalt Dr. Stein, der sich bekanntlich schon seit mehreren Monaten in Untersuchungshaft befindet, ist am Sonnabend, den 16. d. M. der Termin vor dem Schwurgericht am hiesigen Landgericht I angesetzt worden.

Soziale Ueberblick.

Die Hamburger Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands theilt mit, daß infolge der Cholera und der durch dieselbe entstandenen Desinfektionswuth das Flugblatt für die hiesigen Provinzen noch nicht verhandelt werden ist. Die Generalkommission ersucht um Angabe von weiteren Adressen für die hiesigen Provinzen. Die Zahl der bisher eingegangenen Angaben noch lange nicht, der Verbreitung des Flugblattes einen genügenden Erfolg zu sichern.

Die Müller Breslau's haben nunmehr ihr Bestreben nach Abschaffung der 24stündigen Sonntagsruhe beim Polizeipräsidenten eingereicht. Es wird in demselben dem hiesigen Polizeipräsidenten, daß der § 105 der Gewerbe-Ordnung, monatelang geübt, welche nach der Natur des Gewerbebetriebes einen Anstand oder eine Unterbrechung nicht gestatten, von den Arbeitern an Sonn- und Festtagen gefordert werden können, auf die Mühlener Breslau's keine Anwendung finden könne, weil der Betrieb durch das Stehen der Mühlen des Sonntags nachweislich keinen Schaden erleide und weil der Bedarf an Mehl für die Bevölkerung der Stadt und des Landes an den sechs Werktagen vollständig gedeckt werde. Der den Mühlendirektoren aus Sonntagsruhe erwachsende materielle Verlust sei gering und zugleich gegen den Verlust an Leben und Gesundheit der Arbeiter die übermäßig lange Arbeitszeit hinlänglichen Arbeiter. Müllerstellen geben sich der bestimmten Hoffnung hin, daß die Behörde ihre Wünsche berücksichtigen werde. — Öffentlich hat sie sich hierin geäußert.

Ein Gewerkschaftskartell, unter dem Namen „Gewerkschaftskommission“, ist auch in Dresden errichtet worden.

Ordentliche Tagelöhne. Dresden (Stadt): erwachsene männliche Arbeiter 2,50 M., erwachsene weibliche 1,50 M., jugendliche männliche Arbeiter 1,50 M., jugendliche weibliche 1,00 M., Kinder von 12 bis 14 Jahren 80 Pf.

Die Branergerhilfen Stützort beschlossen in ihrer letzten Generalversammlung den Anschluß an den deutschen Branerverband. — In einer Versammlung der Branergerhilfen, in welcher eine Fülle des Verbandes errichtet wurde, kam zur Sprache, daß die in den Branergerhilfen schlafenden Branergerhilfen morgens 4 Uhr mit dem Rufe geweckt werden: „Mit Gott!“ Wer fünf Minuten später nicht auf den Wecken von dem Heiße ist: „Den Santhund soll der Teufel holen.“ Die Arbeitszeit der Branergerhilfen sei 14-16stündig, die Ueberstunden und Sonntagsarbeit werde kein Pfennig vergütet.

Versammlungen.

Die große öffentliche Nachtversammlung, welche bei Dmaibus- und Pferdebahn-Angehörigen der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag in den Konfessionsabgehalten wurde, hatte sich eines Besuches von ca. 3000 Personen zu erfreuen. Reichstags-Abgeordneter Weber sprach das Thema: „Die großen Berliner Arbeiter-Verhältnisse und deren Arbeiter.“ Derselbe hob hervor, daß die Verkehrsverhältnisse sich zwar derartig entwickelt haben, daß zu nächstlicher Stunde noch eine große Anzahl von Arbeitern beschäftigt werden müssen; Pflicht der Verkehrsgehilfen sei es aber, den Bediensteten dafür zu anderer Zeit Gelegenheiten zu geben, sich um ihre Familien und ihre sozialen Verhältnisse kümmern zu können. Hauptpflicht sei es Pflicht des Staates hier einzugreifen. Doch der Staat habe keine Aufgabe in dieser Richtung hin noch nicht erkannt. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstags sei für die Angehörigen der Verkehrsgehilfen mindestens ein freier Sonntag im Monat weidlich eine freie Zeit von 24 Stunden gefordert worden. Leider sei dies nicht durchzuführen gewesen. Da die Versammlung die Schaffung einer Organisation bezweckte, wies Weber sofort darauf hin, daß es erste Aufgabe der Organisation sei, die weiteste Öffentlichkeit zu interessieren. Die Direktoren ihrerseits hätten das größte Interesse daran, über die Interessen der Angehörigen nichts in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen.

